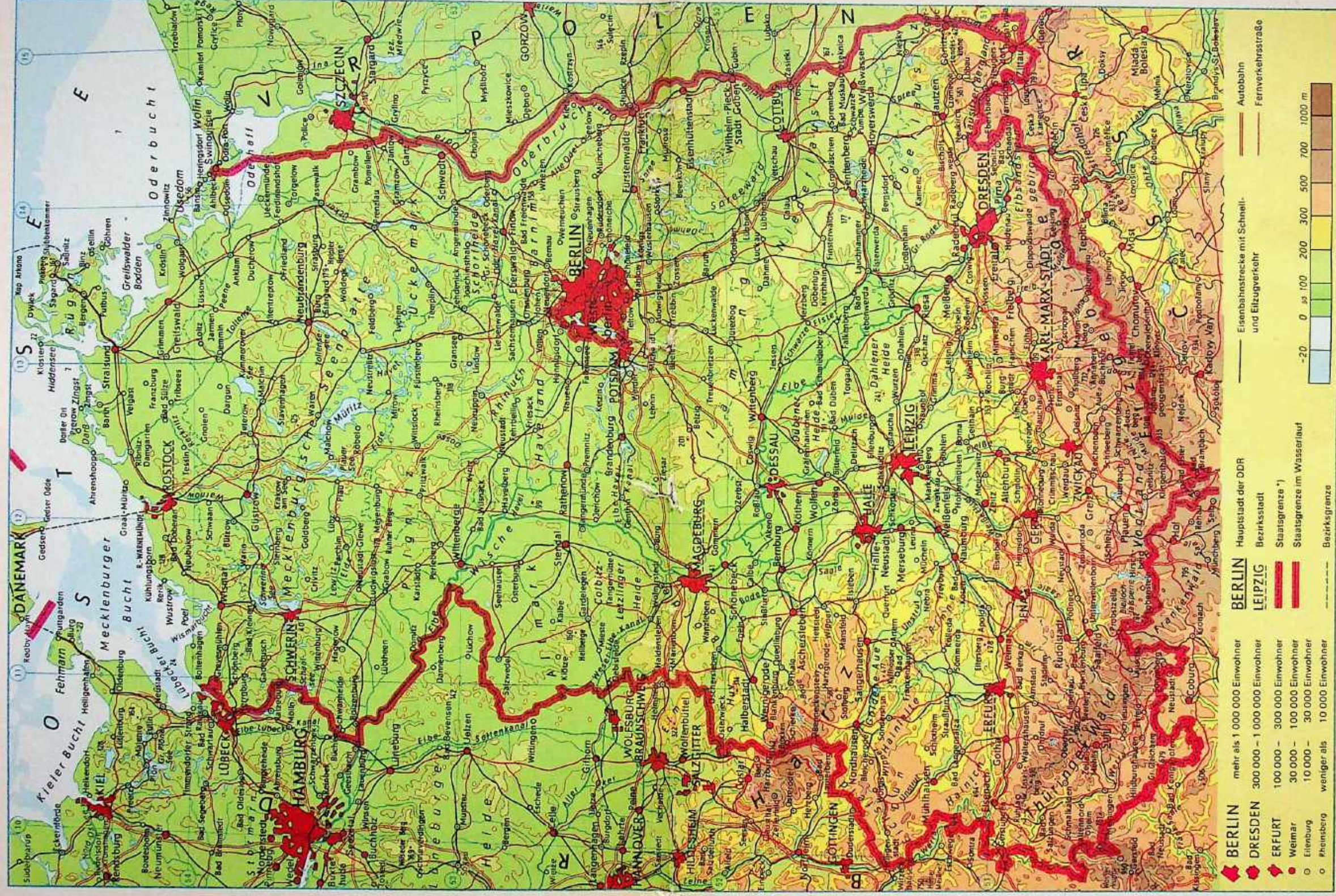




www.MinisterieVanPropaganda.org

+++ DDR im Überblick +++ DDR im Überblick +++ DDR im Überblick





Die DDR in Kürze

Sozialistischer Staat
 Mitglied des Warschauer Vertrages
 und des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe
 Grenzen: 460 km Polen, 454 km CSSR, 1378 km BRD
 Größe: 108333 km²
 Einwohner: 16,64 Millionen
 Bevölkerungsdichte: 154 Einwohner/km²
 Hauptstadt: Berlin (1,2 Millionen Einwohner)

Territoriale Gliederung: 15 Bezirke
 Siedlungen: 3/4 der Bevölkerung in Städten, 1/4 in Dörfern
 Längste Flüsse: Elbe* 566 km, Mulde 433 km
 Größte Seen: Müritz 117 km², Schweriner See 63 km²
 Größte Inseln: Rügen 926 km², Usedom* 354 km²
 Höchste Berge: Fichtelberg 1214 m, Brocken 1142 m
 Währung: Mark der DDR, 1 Mark (M) = 100 Pfennig (Pf)

*DDR-Anteil



Flagge der DDR

+++ **DDR im Überblick** +++ **DDR im Überblick** +++ **DDR im Überblick**



Inhaltsverzeichnis

- 1 Land und Leute
- 2 Chronik
- 3-6 Staat und Gesellschaft
Staatsaufbau - SED - Gewerkschaften - Nationale Front
- 7-9 Außenpolitik

- Für Frieden und Entspannung - Sozialistische Gemeinschaft - Zusammenarbeit mit Staaten in Asien, Afrika und Lateinamerika
- 10-12 Bildung
Schule - Lehre - Studium
- 13-14 Kultur
Kultur - Jugend und Freizeit
- 15-19 Volkswirtschaft
Industrie - Landwirtschaft - Jugend

- in der Volkswirtschaft - Umweltschutz - Außenhandel
- 20-23 Soziale Sicherheit
Sicherheit im Beruf - Wohnungsbau - Familie - Gesundheit
- 24 Sport
- Lesezeichen
- Grafiktafel

PANORAMA DDR
Auslandspresseagentur GmbH
Redaktion „DDR im Überblick“
Wilhelm-Pieck-Str. 49, Berlin,
DDR - 1054
Redaktionsschluß März 1987
Verlag Zeit im Bild
Julian-Grimm-Allee, Dresden,
DDR - 8012
Printed in the German Democratic
Republic by Grafischer Großbetrieb
Völkerfreundschaft Dresden
7052-1



Der Minister für Auswärtige Angelegenheiten der DDR, Oskar Fischer (l. v. r.), bei einem Gespräch mit dem Außenminister Belgiens, Leo Tindemans, in Brüssel 1986

Treffen Erich Honeckers mit dem Ministerpräsidenten Japans, Yasuhiro Nakasone, in Berlin 1986

Gedenkfeier im ehemaligen Frauen-Konzentrationslager Ravensbrück

Friedensdemonstration der Werktätigen in Berlin



Nie wieder darf Krieg von deutschem Boden ausgehen * Vorschläge der DDR –
Schaffung eines atomwaffenfreien Korridors in Mitteleuropa von jeweils 150 Kilometern
auf den Territorien der ČSSR, DDR und BRD und die Bildung einer von chemischen Waffen freien Zone in Europa.

Außenpolitik

Für Frieden und Entspannung

Schon das erste Gesetz, welches die Regierung der DDR 1950 – ein Jahr nach der Staatsgründung – erließ, war das Gesetz zum Schutz des Friedens. Es verbietet Rassenhaß, Aggressionshandlungen gegen andere Völker, Hetze zum Krieg, Gebrauch von Atomwaffen und anderen Massenvernichtungsmitteln.

Ziele der Außenpolitik

- Wichtigstes Anliegen der Außenpolitik der DDR ist die Sicherung des Weltfriedens. Die Regierung der DDR tritt für konstruktive Schritte zur Rüstungsbegrenzung und Abrüstung ein. In diesem Sinne faßt sie ihre Entscheidungen und schließt entsprechende Abkommen.
- Der sozialistische deutsche Staat erweitert und vertieft

sein Bündnis mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Staaten.

- Die DDR übt antiimperialistische Solidarität mit allen um ihre nationale und soziale Befreiung kämpfenden Völkern.
- Wesentlicher Bestandteil der Außenpolitik ist die Durchsetzung der Politik der friedlichen Koexistenz gegenüber allen nichtsozialistischen Ländern.

Beziehungen der friedlichen Koexistenz

Die DDR setzt sich aktiv dafür ein, die Prinzipien der friedlichen Koexistenz (friedliches Nebeneinanderbestehen der Länder mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung) gegenüber nichtsozialistischen Staaten durchzusetzen. Sie führt den Dialog mit allen Kräften,

um den Frieden zu erhalten und das internationale Klima zu verbessern.

Das findet seinen Ausdruck auch in der Entwicklung der wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit mit den kapitalistischen Staaten. Mit vielen von ihnen (Österreich, BRD, Finnland, Schweden, Frankreich, Italien und andere) sowie mit Konzernen und Firmen wurden Regierungsabkommen und Verträge abgeschlossen. Auf dem Gebiet des Umweltschutzes, in den Bereichen der Kultur, des Bildungs- und Gesundheitswesens entwickeln sich ebenfalls gute Beziehungen. Wie alle sozialistischen Staaten ist die DDR fest entschlossen, diesen Weg fortzusetzen, um auch so den Frieden stabiler und sicherer zu machen.

Friedensbewegung in der DDR

Die friedliebende Außenpolitik wird vom ganzen Volk der DDR getragen. Keine der Klassen und sozialen Schichten in der DDR ist an Krieg interessiert oder kann sich an

militärischer Rüstung bereichern. Diese Interessenübereinstimmung zwischen der Politik des Staates und dem Willen seiner Bürger garantiert, daß es in der DDR niemals ein Streben nach Krieg, Aggression, Unterwerfung und Ausplünderung anderer Staaten und Völker geben wird.

Die Bürger selbst entwickeln viele Aktivitäten, mit denen sie ihr persönliches Engagement für Frieden und Sicherheit beweisen. Alljährlich leisten am 1. September, dem Weltfriedenstag, Millionen Werktätige „Friedensschichten“, in denen sie besonders hohe ökonomische Leistungen vollbringen. Sie sehen in eindrucksvollen Arbeitsleistungen einen herausragenden Beitrag, um der Friedenspolitik der DDR größere Wirkung zu verleihen. In vorderster Reihe stehen dabei über 45000 Jugendbrigaden der FDJ.

Für Familien, Hausgemeinschaften, für Millionen Arbeiter, Bauern, Künstler und viele andere ist es selbstverständlich, am 1. Mai oder im

Januar – anläßlich des Jahrestages der Ermordung der Arbeiterführer und Gründer der Kommunistischen Partei Deutschlands Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht (1919) – sowie im September – anläßlich der Ehrung der Opfer des Faschismus und des Krieges – auf Kundgebungen und Demonstrationen ihre Forderung nach Abrüstung und Entspannung zu erheben.

Der Friedensrat der DDR koordiniert die vielfältigen Aktivitäten der Friedenskräfte in der DDR. Er vereint Menschen aller Klassen und Schichten, Parteien und Massenorganisationen, Männer, Frauen und Jugendliche unterschiedlicher weltanschaulicher und religiöser Meinungen, um jeden Bürger für aktives Handeln in der Friedensbewegung zu gewinnen.

Außenpolitik

Freundschaftstreffen zwischen der Jugend der DDR und der Volksrepublik Polen

Die Delegation der KPdSU zum XI. Parteitag der SED 1986 in Berlin. Michail Gorbatschow, Generalsekretär des ZK der KPdSU, wird von Erich Honecker begrüßt

Tagung der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages in Budapest 1986



Ein Kernwaffenkrieg wäre heute nicht die Fortsetzung einer Politik mit anderen Mitteln, sondern das Ende einer jeden Politik.

Sozialistische Gemeinschaft

Die DDR ist durch die Zugehörigkeit zum Warschauer Vertrag, zum Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe und durch bilaterale Verträge über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand fest mit den anderen sozialistischen Staaten verbunden. Das stärkt ihre internationale Position und ist eine entscheidende Voraussetzung für die erfolgreiche wirtschaftliche, politische, geistig-kulturelle Entwicklung und den zuverlässigen Schutz des Landes.

Warschauer Vertrag

Die DDR ist Mitglied des Warschauer „Vertrages über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand“, der 1955 abgeschlossen wurde. Für die DDR und die anderen Mitgliedsstaaten

(Sowjetunion, Bulgarien, Rumänien, ČSSR, Ungarn, Polen) bedeutet die Mitgliedschaft in dieser sozialistischen Verteidigungskoalition sichere äußere Bedingungen für die innere Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft.

Die Militärdoktrin des Warschauer Vertrages geht davon aus, „keinen Krieg – weder einen mit nuklearen noch mit konventionellen Waffen geführten – zuzulassen... Die Teilnehmerstaaten ... werden niemals und unter keinen Umständen militärische Handlungen gegen einen beliebigen Staat oder ein Staatenbündnis beginnen, wenn sie nicht selbst einem bewaffneten Überfall ausgesetzt sind.“

Um eine Wende von der Konfrontation und militärischen Rivalität zur friedlichen

Koexistenz und gegenseitig vorteilhaften Zusammenarbeit in Europa herbeizuführen, halten es die sozialistischen Staaten heute für besonders dringend:

- die nuklearen Mittelstreckenraketen der UdSSR und der USA zu beseitigen,
- anschließend auch die Raketen kürzerer Reichweite zu entfernen,

- den Kontinent von chemischen Waffen zu befreien,
- Zonen zu bilden, die frei von Atom- und Chemiewaffen sind,
- die Anzahl der konventionellen Waffen zwischen Atlantik und Ural zu vermindern,
- die künstlichen Schranken zu beseitigen, die durch NATO-Embargo auf wirt-

schaftlichem Gebiet entstanden,- zwischen RGW und EG Beziehungen zum beiderseitigen Vorteil herzustellen,
- die gesamteuropäische Zusammenarbeit beim Umweltschutz, im Verkehrswesen, bei der Energieversorgung, im kulturellen Bereich zu entwickeln und auszubauen.

Darüber hinaus unterstützen die DDR und die anderen Staaten der sozialistischen Gemeinschaft das von der UdSSR unterbreitete Programm vom 15. Januar 1986 für die Befreiung der Welt von allen Atomwaffen bis zum Jahre 2000 und den Vorschlag für ein Abkommen über die Liquidierung der Mittelstreckenraketen der UdSSR und der USA in Europa vom 28. Februar 1987.

Die ganze Erde in drei Etappen atomwaffenfrei UdSSR-Programm vom 15. Januar 1986

1. Etappe (ab 1986, 5–8 Jahre)

- Reduzierung der Atomwaffen von UdSSR und USA um die Hälfte;
- keine Militarisierung des Weltraums;
- Beseitigung der Mittelstreckenraketen von USA und UdSSR in Europa;
- USA und UdSSR vereinbaren den Stopp aller Atomwaffenversuche.

2. Etappe (ab 1990, 5–7 Jahre)

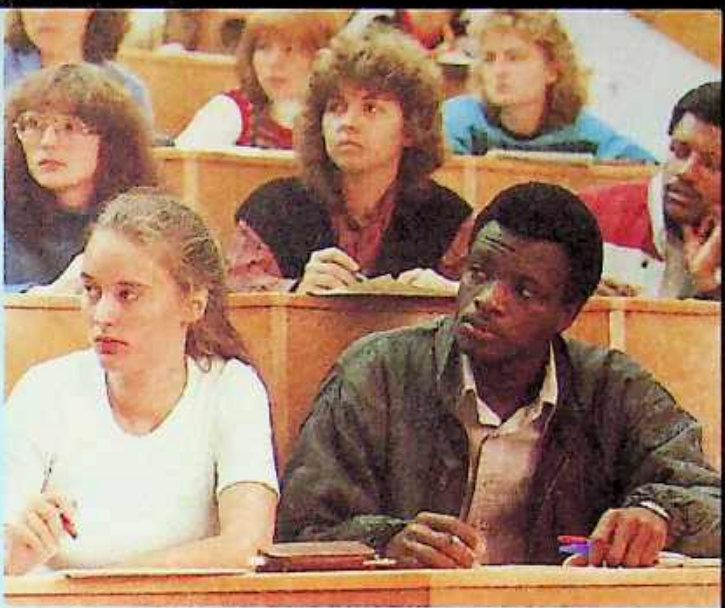
- Alle anderen Atomwaffen frieren ihre Nuklearwaffen ein;
- weitere Reduzierung der Atomwaffen von USA und UdSSR;
- alle Atomwaffen beseitigen die taktischen Kernwaffen;
- alle Nuklearmächte stellen ihre Atomversuche ein.

3. Etappe (ab 1995)

- Alle restlichen Atomwaffen werden vernichtet;
- 1999: Es gibt auf der Erde keine Atomwaffen mehr.

Außenpolitik

Patrioten der namibischen Befreiungsorganisation SWAPO erhalten medizinische Hilfe in der DDR
Moises Jose da Costa aus Angola ist Student an der Technischen Universität Karl-Marx-Stadt



Freundschaftlicher Besuch des Präsidenten der Republik Nikaragua, Daniel Ortega, beim Generalsekretär des ZK der SED, Erich Honecker, in Berlin 1986

In den IFA-Automobilwerken Ludwigsfelde werden Kfz-Schlosser für Moçambique ausgebildet



Freundschaftsbrigaden der FDJ unterstützen 12 Entwicklungsländer beim Aufbau der Wirtschaft und in der Ausbildung von Fachkräften.

Zusammenarbeit

mit Staaten in Asien, Afrika und Lateinamerika

In Übereinstimmung mit ihren außenpolitischen Zielen übt die DDR ant imperialistische Solidarität und entwickelt gleichberechtigte und freundschaftliche Beziehungen zu den Staaten Afrikas, Asiens und Lateinamerikas.

Beziehungen zu den nicht-paktgebundenen Staaten

Die DDR schätzt die Bewegung der Nichtpaktgebundenen (101 Länder) als eine wichtige internationale Kraft. Sie ist mit den nichtpaktgebundenen Staaten durch den Kampf für Frieden, Abrüstung und sozialen Fortschritt, gegen Kolonialismus, Rassismus und Apartheid eng verbunden. Sie unterstützt die Anstrengungen dieser Staaten, aus Abrüstungsschritten frei werdende Mittel für die Lösung solcher Probleme einzu-

setzen, wie der Überwindung der Umweltverschmutzung, des Hungers, der Unterentwicklung, der epidemischen Krankheiten, des Analphabetentums und der Auslandsverschuldung.

Die DDR hält es für notwendig, regionale Konflikt- und Spannungsherde in Mittelamerika, im Süden Afrikas, im Nahen und Mittleren Osten und in anderen Teilen der Welt auf friedlichem Wege durch Verhandlungen zu beseitigen. An der Seite der nichtpaktgebundenen Länder tritt die DDR für eine neue Weltwirtschaftsordnung ein.

Fast 350 Handelsabkommen und Verträge schloß die DDR-Regierung in der Zeit von 1981 bis 1985 mit Entwicklungsländern ab; darunter Handels-, Wirtschafts-,

Wissenschafts- und Kulturabkommen. Ihr Inhalt basiert auf Gleichberechtigung, gegenseitigem Vorteil und Nichteinmischung in innere Angelegenheiten. Mit den sozialistisch orientierten Entwicklungsländern (wie Moçambique, Angola, Äthiopien, VDR Jemen und andere) verbinden die DDR Verträge über Freundschaft und Zusammenarbeit.

Ausbildung und Entsendung von Kadern

Seit 1970 konnten rund 80000 Kader aus Entwicklungsländern ihre Aus- und Weiterbildung in der DDR abschließen. Zu Beginn des Jahres 1986 befanden sich 27647 Bürger aus diesen Staaten zur Berufsausbildung oder beruflichen Qualifizierung (ohne Hoch- und Fachschulausbildung) in Betrieben und Einrichtungen der DDR. Seit 1970 beendeten rund 19900 Bürger aus Entwicklungsländern erfolgreich ein Studium an Universitäten, Hoch- und Fachschulen der DDR.

Unterstützung im Gesundheitswesen

Seit Jahren steht die Lieferung von Medikamenten, medizinischen Geräten, Impfstoffen zur Bekämpfung von Diphtherie, Keuchhusten, Tetanus, Kinderlähmung und Tuberkulose im Vordergrund der solidarischen Hilfe im Gesundheitswesen. Darüber hinaus werden Krankenhäuser errichtet, wie zum Beispiel in Nikaragua oder Vietnam, Laos oder Kampuchea. Die Entsendung von Ärzten und anderen medizinischen Fachkräften zur unmittelbaren medizinischen Betreuung und zur Ausbildung von Kadern ist schon zu einer Selbstverständlichkeit geworden. Ärztliche Hilfe in der DDR erhielten Bürger aus Nikaragua, El Salvador, Angola, Angehörige des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC), der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) und andere.

Bevölkerung übt Solidarität

Die Bürger der DDR beweisen ihre solidarische Haltung mit Geld- und Sachspenden. Ständig und überall finden Solida-

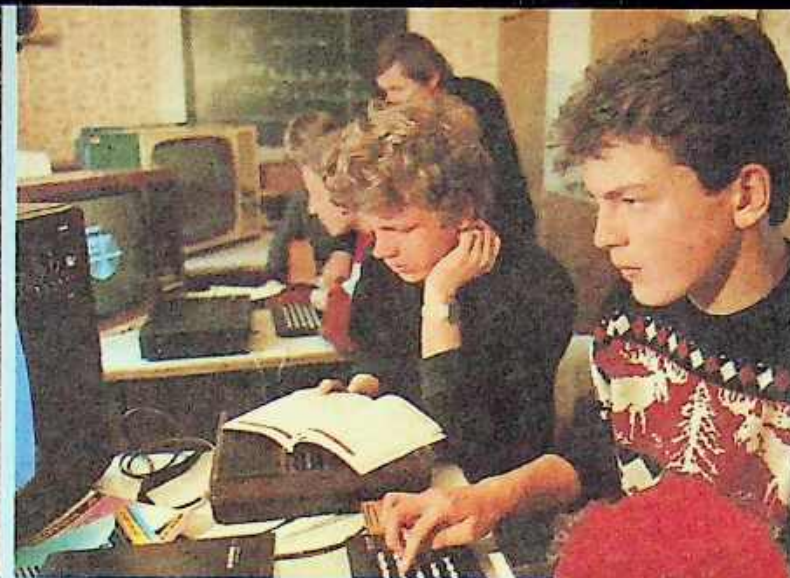
ritätsveranstaltungen, Solidaritätskonzerte und Solidaritätsbasare statt. Der Erlös, einschließlich der Gagen der Künstler, werden auf das Solidaritätskonto überwiesen. Diese Spenden ermöglichen die Lieferung von Transportmitteln, Werkstatteinrichtungen, Bekleidung, Lehrmaterialien, Ausbildung von Kadern und Unterstützung im Gesundheitswesen.

Vertreter aller gesellschaftlichen Bereiche geben auf internationalen Foren oder Gremien wirksame Unterstützung für den anti imperialistischen Kampf.

Das Solidaritätskomitee der DDR koordiniert und lenkt alle Solidaritätsleistungen. Es unterhält mit mehr als 100 ausländischen Partnerorganisationen Kontakte.



Bildung



Schüler der Musikschule „Leo Spies“ in Berlin

In einem Computerkabinett des Landkreises Sanitz (Rostock) können sich Schüler zusätzliche Kenntnisse in der Informatik aneignen

Polytechnische Oberschule „Alexander Schulgin“ in Eisenhüttenstadt

Der erste Schultag



1,9 Millionen Schüler werden in 5 176 zehnklassigen allgemeinbildenden polytechnischen Oberschulen von 173 600 Lehrern unterrichtet.

Bildung

Schule

Das Bildungswesen in der DDR garantiert allen Kindern gleiche Bildungsmöglichkeiten, unabhängig von Herkunft, Rasse, Nationalität und sozialer Lage. Die einzelnen Stufen des Bildungswesens – Kindergarten, Oberschule, Berufsausbildung, Studium, Erwachsenenqualifizierung – ermöglichen den Übergang von einer Bildungsstufe zur nächsthöheren. Alle Bildungseinrichtungen sind staatlich, weltlich und kostenlos.

Die zehnklassige allgemeinbildende polytechnische Oberschule

Der Besuch dieser Schule ist für alle Kinder und Jugendlichen Pflicht. Die Einschulung erfolgt ab vollendetem sechsten Lebensjahr. Die zehnklassige allgemeinbildende polytechnische Oberschule ist in

die Unterstufe (Klassen 1 bis 3), die Mittelstufe (Klassen 4 bis 6) und die Oberstufe (Klassen 7 bis 10) gegliedert. Die durchschnittliche Klassenfrequenz beträgt 20,7 Schüler. Die Oberschule vermittelt eine hohe Allgemeinbildung und schafft damit notwendige Voraussetzungen für jede weiterführende Bildung.

Einheitliche Lehrpläne, die für alle Schulen verbindlich sind, werden aufgrund der ständigen Entwicklung der Natur- und Gesellschaftswissenschaften kontinuierlich geändert.

In der Unterstufe erwerben die Schüler Grundfertigkeiten im Lesen, Schreiben und in der Mathematik. Sie haben das Fach Sport und erhalten altersgemäße Einblicke in Erscheinungen der Natur und Gesellschaft.

In der Mittelstufe setzt der naturwissenschaftliche, gesellschaftswissenschaftliche und fremdsprachliche Fachunterricht ein. Die Schüler werden mit Gesetzmäßigkeiten des gesellschaftlichen Lebens, der Wissenschaften, von Kunst, Kultur, Ökonomie und Technik vertraut gemacht. Ab Klasse 5 wird Russisch für alle gelehrt, ab Klasse 7 kann fakultativ Englisch, Französisch erlernt werden.

In der Oberstufe kommen die Fächer Technisches Zeichnen und Einführung in die sozialistische Produktion hinzu. Von der Klasse 7 an arbeiten die Schüler an einem Tag in der Woche zwei bis drei Stunden in Betrieben der Industrie und Landwirtschaft. Sie erhalten dabei einen Überblick über moderne technische Entwicklungen, Einsichten in die Planung eines Betriebes und arbeiten selbst an Maschinen. Die Schulzeit ist für die 16jährigen mit dem Abschlußzeugnis der 10. Klasse beendet.

Abiturstufe

Jugendliche mit besonders guten schulischen Leistungen und dem Wunsch weiterzulernten können die erweiterte Oberschule (Klassen 11 und 12) besuchen. Sie schließen mit dem Abitur ab. Außerdem besteht die Möglichkeit, in einer dreijährigen Berufsausbildung mit Abitur die Hochschulreife besonders für technische, ökonomische oder berufspädagogische Studienrichtungen zu erhalten.

Spezialschulen

Zur Förderung besonderer Begabungen gibt es Spezialschulen für musische Fächer, Mathematik, Naturwissenschaften, Sport oder Fremdsprachen. Die Auswahl dieser Schüler erfolgt aus den Klassen der allgemeinbildenden zehnklassigen polytechnischen Oberschule durch die entsprechenden Fachlehrer.

Mitarbeit der Schüler und Eltern

An den Schulen werden die Interessen der Mädchen und Jungen von der FDJ bezie-

hungsweise deren Kinderorganisation „Ernst Thälmann“ (etwa 1,2 Millionen Kinder) vertreten. Die meisten Mitglieder des Jugendverbandes arbeiten politisch aktiv mit. Viele arbeiten in den gewählten Leitungen der Organisationen mit. Durch die Leitungen werden die in Mitgliederversammlungen genannten Probleme, Wünsche und Interessen an die Schulleitung oder die Lehrer herangetragen und entsprechende Lösungen angestrebt. Das verbessert die Disziplin und die Lernhaltung der Schüler.

Jede Schule hat einen Elternbeirat und jede Klasse ein Elternaktiv, die in kameradschaftlicher Zusammenarbeit mit dem Lehrerkollektiv die Bildungs- und Erziehungsarbeit unterstützen.



Bildung

Ausbildung zum Apotheker im Pharmazeutischen Zentrum Leipzig. Das Fach Automatisierung gehört seit 1. 9. 1986 zum Lehrplan der Berufsausbildung



Facharbeiter für Maschinenbau werden im Großdrehmaschinenbau „8. Mai“ in Karl-Marx-Stadt, Agrotechniker in der LPG Berlestedt ausgebildet



Ausbildung von Baufacharbeitern
Lehrling im traditionellen Uhrmacherhandwerk



Für jeden eine Lehrstelle und berufliche Perspektive * 1985 begannen 186 777 Jugendliche eine Lehre *
Berufe mit moderner Technik und im Dienstleistungswesen stehen an der Spitze:
Maschinen- und Anlagenmonteure, Elektromonteure, Baufacharbeiter, Verkäufer, Köche, Kellner.

Lehre

Jeder Jugendliche kann einen Beruf erlernen und erhält nach Abschluß der Berufsausbildung einen Arbeitsplatz im erlernten Beruf. Die Schulabgänger können gegenwärtig unter etwa 240 Berufen mit rund 600 Spezialisierungsrichtungen und 47 seltenen Handwerksberufen auswählen. Rechtzeitig beginnt in der polytechnischen Oberschule und in den Berufsberatungszentren eine zielgerichtete Berufsberatung über den Berufsinhalt, über die Anforderungen und über die konkreten Arbeits- und Ausbildungsbedingungen im jeweiligen Betrieb. Allerdings kann nicht jeder seinen Traumberuf erlernen. Lehrstellen für bestimmte Berufszweige werden nur so viel vergeben, wie die Volkswirtschaft benötigt. Die Mehrzahl der Berufe steht

Jungen und Mädchen gleichermaßen offen. Lediglich in einigen Berufen ist die Ausbildung wegen gesundheitlicher Belastungen für Mädchen nicht möglich.

Ausbildung

Die Ausbildung dauert in der Regel zwei Jahre, bei einigen Berufen mit hohen Anforderungen auch zweieinhalb und drei Jahre (Berufsausbildung mit Abitur). Sie wird mit der Facharbeiterprüfung abgeschlossen. Gleichzeitig berechtigt dieser Abschluß zu einem Studium an einer Ingenieur- oder Fachschule. Ziel der Berufsausbildung ist ein disponibler, hochqualifizierter, allseitig gebildeter Facharbeiter.

Die Ausbildung zum Facharbeiter ist gegliedert in allgemeine und berufliche Grund-

lagenbildung sowie berufliche Spezialbildung. Die Ausbildung erfolgt an den 963 Berufsschulen sowie rund 3600 Ausbildungsstätten. Für alle Facharbeiterberufe werden von 1986 bis 1990 schrittweise neue Lehrpläne eingeführt, um den höheren Anforderungen von Wissenschaft und Technik besser zu entsprechen.

Zur **allgemeinen Grundlagenbildung** gehören die Unterrichtsfächer, die für alle Berufe einheitlich sind: Staatsbürgerkunde, Betriebsökonomik, Grundlagen der Automatisierung, Sozialistisches Recht und Sport. Die **berufliche Grundlagenbildung** vermittelt Kenntnisse und Fähigkeiten für den Beruf und alle Spezialisierungsrichtungen. Dafür stehen Unterrichts- und Lehr- sowie Computerkabinette, Lehrwerkstätten, Labors und Trainingsanlagen zur Verfügung. Die **berufliche Spezialbildung** umfaßt zusätzliches berufstheoretisches Wissen und berufspraktisches Können, mit dem die Lehrlinge in der Lage sind, die Technik und Technologie im

Produktionsprozeß zu beherrschen. Zum Zeitpunkt des Abschlusses der Ausbildung erreichen zur Zeit 95 Prozent der Lehrlinge beständig Facharbeiterleistungen.

Die Betriebe sind verpflichtet, mit dem Lehrling bereits ein halbes Jahr vor dem Lehrabschluß einen **Arbeitsvertrag** für einen berufsgerechten Arbeitsplatz nach der Facharbeiterprüfung abzuschließen.

Soziale Bedingungen

Zu Beginn der Lehrzeit wird zwischen dem Betrieb und dem Lehrling ein Lehrvertrag abgeschlossen. Er enthält Beginn und Dauer der Lehrzeit, alle Rechte und Pflichten des Betriebes und des Lehrlings, legt den künftigen Facharbeiterberuf fest. Die Berufsausbildung ist kostenlos. Die Lehrlinge erhalten ein monatliches Lehrlingsentgelt zwischen 120 im ersten und 220 Mark im dritten Lehrjahr. Sie haben Anspruch auf Sozialversicherung und kostenlose ärztliche Betreuung. Der Grundurlaub beträgt 24 Arbeitstage. Erfordert die Ausbildung den Aufenthalt im Wohnheim, so be-

zahlen Lehrlinge dort für Unterkunft und Verpflegung pro Aufenthaltstag nur 1,10 Mark.

Besonderen Schutz und materielle Unterstützung erhalten Mädchen, die während der Ausbildungszeit ein Kind erwarten. Zusätzlich zu allen staatlichen Unterstützungen und Rechten erhalten unverheiratete Mütter – solange sie Lehrlinge sind – einen monatlichen Zuschuß von 185 Mark.

Mit Beginn der Lehre können die Jugendlichen Mitglied der Gewerkschaften werden. Sie wählen eigene Jugendvertrauensleute, die in der Betriebsgewerkschaftsleitung mitarbeiten. Interessenvertreter der Jugend ist auch in den Betrieben vor allem die FDJ.



Bildung



An der Hochschule für
Bildende Künste in
Dresden werden Re-
stauratoren in den Spe-
zialgebieten Gemälde,
Skulpturen und Wand-
malerei ausgebildet
Wilhelm-Pieck-Universi-
tät in Rostock



Technische Universität Karl-Marx-
Stadt: Laserversuchsstand an der
Sektion Textil- und Ledertechnik
(links)
Technisches Labor für Mikroelek-
tronik an der Sektion Physik/Elek-
tronische Bauelemente (rechts)



Weder materielle, soziale, religiöse noch rassische Schranken verhindern den Zugang zu einer Universität oder Hochschule.

Studium

Für das Studium an einer der 54 Hochschulen und Universitäten ist das Abitur Voraussetzung. Der Besuch der Ingenieur- und Fachschulen setzt die abgeschlossene zehnklassige polytechnische Oberschule, einen erlernten Beruf und eine einjährige praktische Tätigkeit im erlernten Beruf voraus.

Zulassungen: Entscheidend für die Zulassungen sind Fähigkeiten und Leistungen der Bewerber, die soziale Struktur der Bevölkerung und die gesellschaftlichen Erfordernisse. Seit langem beträgt der Anteil der weiblichen Studierenden an den Universitäten und Hochschulen etwa 52 Prozent, an den Fachschulen 82 Prozent. Über die Zulassung entscheidet eine Kommission, die sich aus Hoch- und Fachschullehrern des jeweiligen

Fachgebietes, Vertretern des Jugendverbandes sowie der Gewerkschaft der entsprechenden Hochschulen oder Universitäten zusammensetzt. Aufnahmeprüfungen gibt es nur in den Studienrichtungen Kunst und Sport.

Studienorganisation: Die Ausbildung an Fachschulen sowie Universitäten und Hochschulen erfolgt nach zentralen staatlichen Ausbildungsunterlagen, Studien- und Lehrprogrammen. Das Direktstudium hat eine Zeitdauer von 4 bis 5 Jahren (Humanmedizin 6 Jahre). Es umfaßt ein theoretisch anspruchsvolles breites Grundlagenstudium, das die Hauptgebiete einer Studienrichtung sowie der Gesellschaftswissenschaften einschließt, und eine fachwissenschaftliche

Spezialausbildung. Das Studium wird mit der Anfertigung und Verteidigung einer selbständigen wissenschaftlichen Arbeit (Diplomarbeit) und der Verleihung des ersten akademischen Grades (Diplom eines Wissenschaftszweiges) abgeschlossen. Im Anschluß daran können in einem dreijährigen Forschungsstudium interessierte und befähigte Studenten eine weiterführende wissenschaftliche Qualifikation bis zur Promotion erwerben.

Soziale Bedingungen: Alle Studenten erhalten ein Grundstipendium in Höhe von 200 Mark monatlich. Dieses Stipendium ist kein Darlehen und muß nicht zurückgezahlt werden. Hinzu kommen noch differenzierte finanzielle Zuschläge, deren Höhe in Abhängigkeit von Studienleistung und sozialen Gesichtspunkten (Studentinnen mit Kind, Studentenehen) festgesetzt wird. Auch Studentinnen können die bezahlte Freistellung nach der Geburt eines Kindes in Anspruch nehmen (siehe Tafel Sozialpolitik), ohne ihren Studienplatz zu

verlieren. Sehr viele Studenten wohnen in Studentenwohnheimen mit modernem Komfort (Fernheizung, Bäder, Etagenküche, Fernsehräume und Leseräume). Sie bezahlen für die Unterkunft im Internat pro Monat 10 Mark, für ein Mensaessen 60 Pfennige bis eine Mark. Alle Studenten sind kostenfrei gegen Krankheit und Unfall versichert. Unentgeltlich können sie Bibliotheken, Laboratorien, Sportstätten benutzen. Für einen Besuch kultureller Einrichtungen wie Museen, Theater, Ausstellungen zahlen sie nur 50 Prozent des Eintrittsgeldes.

Zu Beginn des letzten Studienjahres wird zwischen den Studenten und ihren zukünftigen Arbeitsstätten ein bindender Arbeitsvertrag unterzeichnet. Die Mehrzahl aller Studenten weiß mindestens ein Jahr vorher, wo sie tätig sein wird. Allen Absolventen ist ein Arbeitsplatz sicher.

Mitbestimmung: Die Studenten sind sowohl an der Vorbereitung, Durchführung als auch an der Kontrolle der Ausbildung im Studium und

des späteren Berufseinsatzes beteiligt. Das geschieht vor allem über den Jugendverband (FDJ), dessen Vertreter in allen Leitungsgremien der Hoch-, Fachschulen und der Universitäten vertreten sind. Darüber hinaus nehmen die Studenten wesentlichen Einfluß auf das wissenschaftliche und geistig-kulturelle Leben in den Ausbildungsstätten.

Chronik

Soldaten der Roten Armee hissen auf dem Reichstagsgebäude in Berlin die Fahne des Sieges über den Faschismus

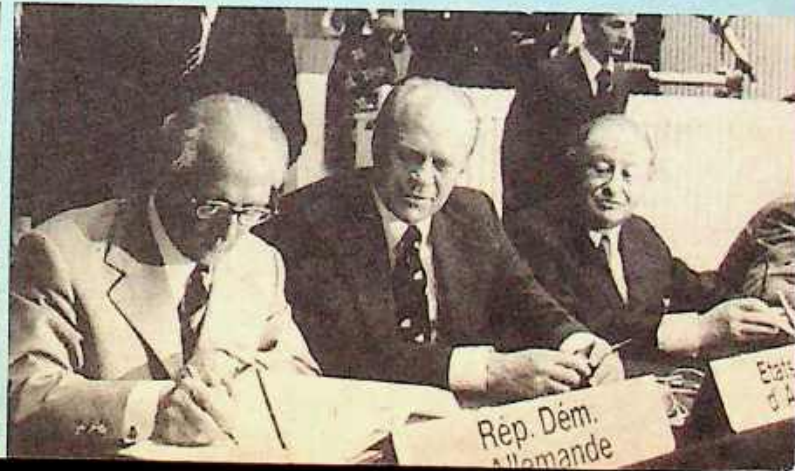


Das Hüttenwerk Hennigsdorf (ehemaliger Besitz des Kriegsverbrechers Flick) wurde 1948 Volkseigentum

Der Boden der Großgrundbesitzer wird an landarme Bauern verteilt
Kundgebung auf dem August-Bebel-Platz in Berlin anlässlich der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik

Aufnahme der Deutschen Demokratischen Republik in die Organisation der Vereinten Nationen

Erich Honecker, Generalsekretär des ZK der SED und Staatsratsvorsitzender, unterzeichnet das Hauptdokument der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa in Helsinki



Aus der Chronik der sozialistischen Jugendorganisation FDJ:
 7. März 1946 Gründung * 8. Februar 1950 Annahme des ersten Jugendgesetzes durch die Volkskammer * 1951 finden
 in Berlin die III. und 1973 die X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten statt.

Chronik

8. Mai 1945. In Berlin unterzeichnet das Oberkommando der faschistischen Wehrmacht die bedingungslose Kapitulation. Die Sowjetunion, die die Hauptlast des Kampfes getragen hatte, errang gemeinsam mit ihren Verbündeten in der Antihitlerkoalition den Sieg über den Faschismus.

17. Juli bis 2. August 1945. Auf der Potsdamer Konferenz beschließen die USA, Großbritannien und die UdSSR, den deutschen Faschismus vollends zu beseitigen und in ganz Deutschland antifaschistisch-demokratische Verhältnisse herzustellen. Deutschland wird in vier Besatzungszonen aufgeteilt.

1945/46 neue demokratische Verwaltungsorgane. In der sowjetischen Besatzungszone übernehmen bewährte Antifaschisten, Vertreter aller antifaschistisch-demokratischen Parteien die Leitung dieser Organe:

– Das Justizwesen wird grundlegend erneuert. Es wird eine Polizei formiert, die den Inter-

essen der Werktätigen verpflichtet ist.

– Die Kriegsverbrecher und Nazis in der Großindustrie werden durch eine Volksabstimmung im Lande Sachsen enteignet. Die enteigneten Betriebe werden volkseigen.

– Über 550.000 landarme und landlose Bauern und Landarbeiter erhalten durch eine Bodenreform kostenlos eigenes Land.

– Mit der Schulreform entsteht eine einheitliche staatliche Schule, die erstmals allen Kindern das gleiche Recht auf Bildung gewährt. Alle faschistischen Lehrkräfte werden aus den Schulen und Universitäten entfernt.

21./22. April 1946 Gründung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED). In Berlin vereinigen sich beide Arbeiterparteien, KPD und SPD, zur SED. Wilhelm Pieck (KPD) und Otto Grotewohl (SPD) werden gleichberechtigte Vorsitzende der SED.

Mit 1,3 Millionen Mitgliedern ist die SED die mit Abstand stärkste politische Partei.

1945–1948 entstehen weitere demokratische Parteien und Massenorganisationen: CDU, LDPD, DBD, NDPD, FDGB, FDJ, DFD (siehe Staat und Gesellschaft).

September 1949. Aus den drei westlichen Besatzungszonen wird ein westdeutscher Separatstaat (BRD) gebildet.

7. Oktober 1949 Gründung der Deutschen Demokratischen Republik (DDR). Zum erstenmal entsteht auf deutschem Boden ein Staat, den sich die Arbeiterklasse und alle Werktätigen selbst geschaffen haben. Die Sicherung des Friedens wird zur obersten Staatsdoktrin und in der Verfassung festgeschrieben.

Februar 1950. Konstituierung des Nationalrates der Nationalen Front, einer breiten demokratischen Volksbewegung (siehe Staat und Gesellschaft).

29. 9. 1950. Die DDR wird Mitglied des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW), einer Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit der sozialistischen Staaten.

1952. Erste landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften (LPG) entstehen. Damit beginnt der Übergang von der bäuerlichen Einzelwirtschaft zur genossenschaftlichen Produktion in der

Landwirtschaft. 1960 bewirtschaften die LPG 85 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche der DDR.

Mai 1955. Die sozialistischen Länder Europas unterzeichnen den Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand (Warschauer Vertrag), nachdem die NATO gegründet wurde. Seit 1956 ist die Nationale Volksarmee der DDR Bestandteil dieser Organisation.

13. August 1961. Die DDR übernimmt die Kontrolle über die offene Staatsgrenze zu Berlin (West). Die Grenze zur BRD wird zusätzlich geschützt.

1965. Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem. Wichtigste Neuerung ist die Einführung der zehnklassigen polytechnischen Oberschule für alle Schulpflichtigen.

April 1968. 94,5 Prozent der stimmberechtigten Bürger geben der neuen sozialistischen Verfassung ihre Zustimmung. Die Verfassung kennzeichnet die DDR als sozialistischen Staat der Arbeiter und Bauern.

Juni 1971. Die Delegierten des VIII. Parteitag der SED (höchstes Organ der Partei) beschließen ein umfassendes, langfristiges Programm, um das materielle und kulturelle Lebensniveau des Volkes in Verbindung mit der Ent-

wicklung einer starken Wirtschaft zu erhöhen.

18. September 1973. Die DDR wird Mitglied der UNO.

1. August 1975. Erich Honnecker, Vorsitzender des Staatsrates der DDR und Generalsekretär des Zentralkomitees der SED, unterzeichnet die Schlußakte der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Helsinki (KSZE).

26. August bis 3. September 1978. Flug in den Kosmos mit dem ersten deutschen Kosmonauten Sigmund Jähn.

15. September 1985. Die DDR schlägt der Regierung der BRD Verhandlungen über eine chemiewaffenfreie Zone vor.

Januar 1986. Die DDR-Regierung begrüßt das Abrüstungsprogramm der UdSSR, die Welt bis zur Jahrtausendwende von Atomwaffen zu befreien.



Das Ballett des Berliner Friedrichstadtpalastes
Schauspielstudenten spielen für die Berliner auf improvisierten Sommertheatern



Die Deutsche Staatsoper in Berlin
Ausstellung „Friedrich II. und die Kunst“ im restaurierten Neuen Palais von Sanssouci in Potsdam (rechts unten)



Schüler eines Malzirkels in der Stadt Wismar, geleitet von dem Maler Hans Mühlemann



Die Mehrzahl der Künstler hat sich in artspezifischen Künstlerverbänden organisiert * Die Verbände fördern und unterstützen die Arbeit der Künstler, pflegen die Kontakte zwischen den Künstlern im internationalen und nationalen Maßstab.

Kultur

Literatur und Kunst

Allen Bürgern wird ein inhaltsvolles, vielgestaltiges kulturelles Leben angeboten. Die Museen, Theater, Konzertsäle, Kulturhäuser, Klubs, Lichtspielhäuser, die Ausstellungen werden von immer mehr Menschen aus den verschiedensten Klassen und Schichten mit den unterschiedlichsten beruflichen Tätigkeiten besucht. Die Eintrittspreise sind niedrig.

Literatur: In der DDR wird viel gelesen und viel für das Entstehen neuer Literatur getan. Die 78 Verlage der Republik produzieren jährlich rund 6500 Buchtitel. Das Angebot reicht von Belletristik, Kinder- und Jugendliteratur, wissenschaftlicher und Fachliteratur bis zu audiovisuellen Materialien. Im Durchschnitt stehen in jedem DDR-Haushalt 143 Bücher. Neben dem indi-

viduellen Buchbesitz spielen die Bibliotheken eine wichtige Rolle. In den gegenwärtig vorhandenen 32000 Bibliothekseinrichtungen werden etwa jährlich 110,7 Millionen Bücher kostenlos entliehen.

Bildende und angewandte Kunst: Sie hat ihren festen Platz in Museen, Ausstellungen, „Kleinen Galerien“, in Kulturhäusern. Ihre Werke sind in Betrieben und öffentlichen Gebäuden, an Plätzen und Anlagen der Städte und Dörfer zu finden. Alle fünf Jahre finden in Dresden zentrale Kunstausstellungen der DDR statt. Die hier ausgestellten Werke der Malerei, Grafik, Plastik, Plakatkunst, Fotografie und des Kunsthandwerks werden vom Publikum leidenschaftlich diskutiert.

Theater und Spielstätten: Die DDR ist ein Land mit ei-

ner traditionsreichen Theaterkultur. Die 89 Theater mit insgesamt 183 Spielstätten werden jährlich von etwa 10 Millionen Zuschauern besucht. Interessante Inszenierungen von Werken der Klassik und Gegenwartsdramatik der nationalen und der Weltliteratur sowie Theaterrechte im Jahresabonnement mit Vorzugspreisen für Vorstellungen freier Wahl ziehen viele Besucher an.

Musik: Zu einer bedeutenden Musikkultur tragen die Leistungen der 88 Orchester entscheidend bei. In den jährlich annähernd 7100 Konzerten der Theater- und Sinfonieorchester werden heute ungefähr dreieinhalb Millionen Besucher gezählt. Fast alle Orchester geben regelmäßig Jugend- und Schülerkonzerte und treten außerhalb der Konzertsäle zusätzlich vor Werktätigen auf. Im „Konzertwinter auf dem Lande“ beispielsweise interpretieren namhafte Solisten klassische Werke in Landstädten und Dörfern.

Film: Mit 5735 Filmvorführungsstätten trägt das Lichtspielwesen neben dem Fern-

sehen der DDR wesentlich zur Verbreitung der nationalen und internationalen Filmkunst bei. Jährliche Besucherzahlen von etwa 70 Millionen sprechen für die Vielfalt und Qualität der in den Kinos gezeigten Spielfilme.

Denkmalpflege: Ein wesentlicher Bestandteil der Kultur ist die Bewahrung, Aneignung und Verbreitung des kulturellen Erbes, zu dem auch Denkmale der Geschichte und Kultur, der Kunst, Wissenschaft und Technik gehören. Zu den rund 48000 Objekten, die in der DDR unter Denkmalschutz stehen, gehören historische Stadtkerne, alte Dorfensembles, Schlösser, Klöster und Verkehrsbauten.

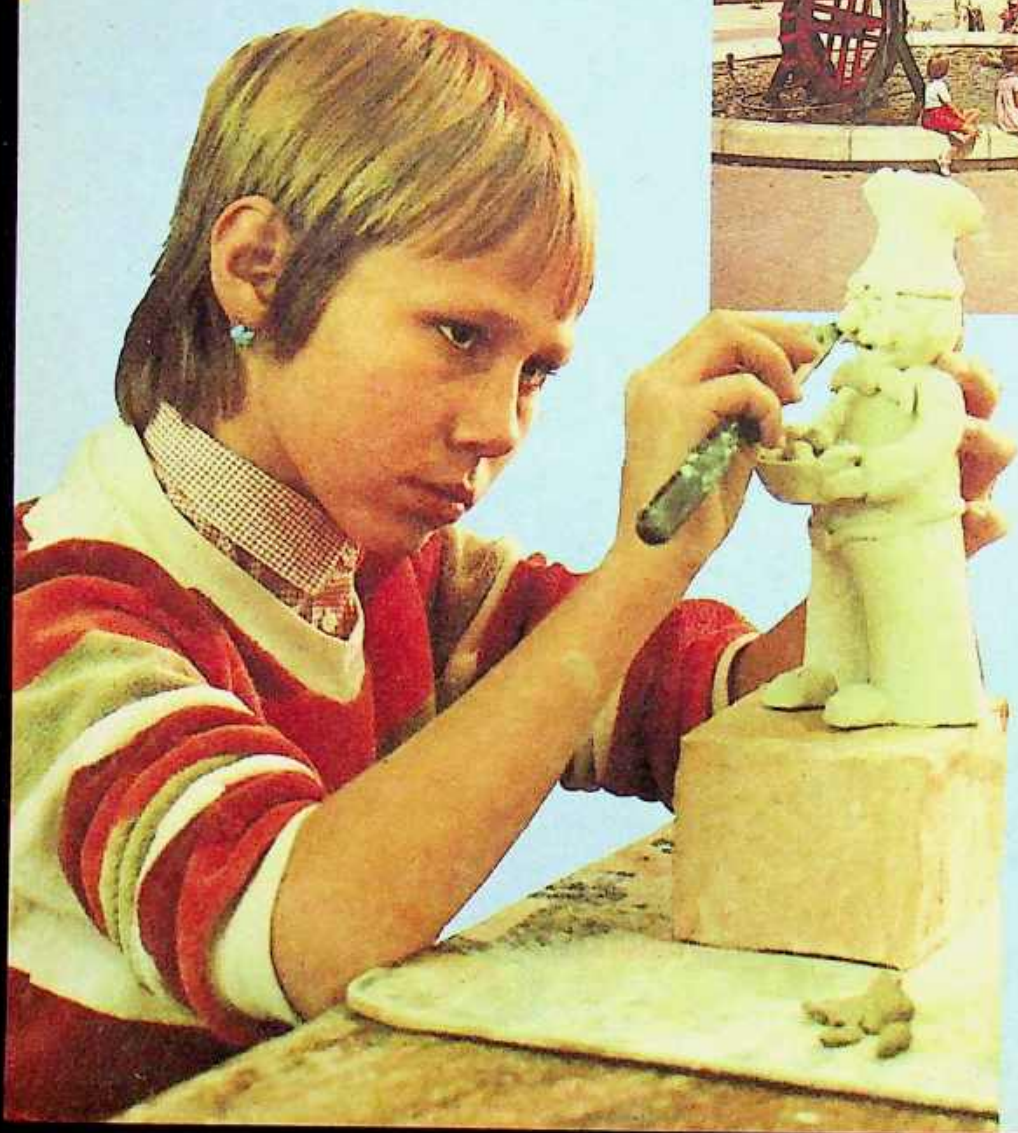
Volkskunstschaffen: Die alle zwei Jahre stattfindenden Arbeiterfestspiele der DDR sind die Höhepunkte des volkskünstlerischen Schaffens. Laien- und Berufskünstler aus dem ganzen Land vereinen sich zu einer Leistungsschau von Kultur und Kunst. Gegenwärtig gibt es etwa 21900 Kollektive des künstlerischen Volksschaffens (Amateurtheater, Tanzgruppen,

Chöre, Filmzirkel, artistische Gruppen, Arbeitsgemeinschaften für Malerei, Grafik und andere). Die Kultur- und Klubhäuser sind die wichtigsten Stätten der aktiven kulturellen Selbstbetätigung.

Kultur

Jugendklub im neuen Wohnviertel
Berlin-Hohenschönhausen

Die 12jährige Heike Siegel gehört
zu den 150 Schülern, die ihre Frei-
zeit in fünf Zirkeln der Annaberger
Schnitzschule verbringen



Gruppe Jessica während der Veranstaltung
„Rock für den Frieden“ im Palast der Repu-
blik in Berlin

Quer durch Thüringen führt der Wanderweg
Rennsteig



In 7199 Staatlichen Allgemeinbibliotheken der DDR stehen mehr als 11 Millionen Bücher für Kinder bereit. Der Bestand vermehrt sich jährlich um etwa 250 000 * 1985 erschienen 858 Titel der Kinder- und Jugendliteratur.

Jugend und Freizeit

Das Bedürfnis der Jugend nach Geselligkeit, Tanz, Sport, Lesen und Unterhaltung sowie ihr Streben nach niveauvollen Veranstaltungen in der Freizeit ist sehr groß.

Die Jugendklubs bieten gute Gelegenheiten, um viele dieser Wünsche zu befriedigen. Betriebe, Städte, Gemeinden unterstützen die Jugendklubs finanziell. Veraltet werden sie von den Jugendlichen selbst. Es bestehen etwa 10 140 Jugendklubs. Der Eintritt ist kostenlos. Die Preise für Getränke sind niedrig. Die Jugendklubs organisieren – sicher noch mit unterschiedlichem Niveau – Diskotheken, literarisch-musikalische Veranstaltungen, Gespräche mit Wissenschaftlern, Politikern und Künstlern. In den Klubs sprechen die Jugendlichen über den letzten

Hit, über die Zukunft, über die Schule, die Berufswünsche, eben über alles. Eine Freizeit ohne diese Einrichtungen kann sich kaum ein Jugendlicher mehr vorstellen.

Singebewegung: Zu den bedeutendsten Initiativen der FDJ gehört die Singebewegung mit etwa 2600 Singeklubs. Diese bewahren und pflegen die Traditionen des deutschen Volksliedes und des revolutionären Arbeitergesangs. Aus ihr gehen aber auch neue Lieder hervor, die schnell unter den Jugendlichen Verbreitung finden.

Tanz und Tanzmusik: Besonderer Beliebtheit erfreuen sich die zahlreichen, aber doch noch immer nicht ausreichenden Diskotheken und Tanzveranstaltungen. Die Formen der Tanzmusik reichen vom Discosound bis zu rock-

sinfonischen und elektronischen Experimenten, vom Stimmungslied und folklorbeeinflussten Schlager bis zum Schlagerchanson, vom Hard Rock bis zum Jazz Rock, von liedhafter Rockmusik bis zur Blues- und Soulmusik. 5000 Amateurtanzkapellen, etwa 350 professionelle Tanzkapellen sind an dieser Form der Freizeitgestaltung beteiligt.

Lesen: Viele Jugendliche interessieren sich sehr für Literatur. Etwa 30 Prozent der Mädchen und Jungen zwischen sieben und 14 Jahren und mehr als 64 Prozent der Jugendlichen zwischen 14 und 18 Jahren benutzen regelmäßig die öffentlichen Bibliotheken. Im Durchschnitt liest jeder Schüler 20 Bücher im Jahr.

Der Besuch von Theatern: Fünf spezielle Kinder- und Jugendtheater spielen für die Zuschauer von sechs bis 16 Jahren. Andere Theater führen jährlich etwa 70 eigens für Jugendliche entwickelte Inszenierungen auf. Es werden speziell „Theatertage der Jugend“ durchgeführt. Sie ge-

ben die Möglichkeit, das Theater vor und hinter der Bühne kennenzulernen.

Jugendtouristik: Gern und viel genutzt werden die preisgünstigen Angebote für In- und Auslandsreisen des FDJ-Reisebüros „Jugendtourist“. Rund 1,9 Millionen Reisen, davon etwa 296 500 Auslandsreisen in 35 Länder auf vier Kontinenten, vergibt „Jugendtourist“ in einem Jahr. Der Jugend stehen 246 Jugendherbergen, 16 Jugendtouristenhotels im Inland zur Verfügung, in denen pro Übernachtung zwischen 25 und 50 Pfennige gezahlt werden. 500 Campingplätze, darunter spezielle Jugendcampingplätze, stehen für diese begehrte Urlaubsform zur Verfügung.

Mode: Tanzen, reisen, ins Theater gehen – nicht zuletzt auch arbeiten – möchte jeder in zweckmäßiger und schöner Kleidung. Verwirklichen können die Jugendlichen diese Wünsche in Warenhäusern mit dem Namen „Jugendmode“. Auch Kosmetika, so zum Beispiel die von den Jugendlichen selbst entwickelte Serie „Action“, und diverse

Accessoires werden dort verkauft. Um den schnell wechselnden Modetrends gerecht zu werden – hieran mangelt es noch des öfteren – bemühen sich Jugendkollektive in den entsprechenden Kosmetik- und Konfektionsbetrieben um eigene Entwicklungen, die jugendgemäß, nicht zu teuer und schnell zu produzieren sind.



Land und Leute

Auf dem Marktplatz in Eisenach
Rekonstruierte Wohnhäuser in Stolberg (Harz)
Traditionelles Volksfest am 1. Mai in Berlin
Der Königstein – beliebtes Ausflugsziel in der Sächsischen Schweiz

Die DDR nimmt, gemessen an ihrer Größe von 108 333 km², etwa den 100. Platz unter den Ländern der Erde ein. *
Gemessen an der Zahl ihrer Bevölkerung liegt sie an 43. Stelle in der Welt.

Land und Leute

Geografische Gestalt

Die Deutsche Demokratische Republik liegt in Mitteleuropa. Sie erstreckt sich über ein Territorium von 108 333 Quadratkilometern. Die Nord-Süd-Ausdehnung beträgt etwa 500 Kilometer, die Ost-West-Ausdehnung etwa 350 Kilometer. Die DDR hat mit drei Staaten gemeinsame Grenzen. Ihre Nachbarn im Osten und Süden sind die Volksrepublik Polen und die ČSSR, im Westen die BRD, und im Norden bildet die Ostsee die Staatsgrenze.

Die Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik ist Berlin. Sie ist zugleich die größte Stadt des Landes und hat 1,2 Millionen Einwohner.

Im Norden breitet sich ein seenreiches Tiefland aus. Die fünf größten Seen – die Mü-

ritz, der Schweriner-, Plauer-, Kummerower- und Kölpinsee – liegen in den Bezirken Schwerin und Neubrandenburg. Im Süden erheben sich das Lausitzer Bergland, das Elbsandsteingebirge, das Erzgebirge, der Thüringer Wald und der Harz. Gipfelhöhen von mehr als 1000 Meter über dem Meeresspiegel erreichen der Fichtelberg (1214 Meter) und der Auersberg (1019 Meter) im Erzgebirge sowie der Brocken (1142 Meter) im Harz.

Zahlreiche Flüsse führen nach Norden. Die Elbe (DDR-Anteil 566 Kilometer) mit ihren Nebenflüssen Spree, Havel und Saale mündet in die Nordsee, die Oder (DDR-Anteil 162 Kilometer) in die Ostsee.

Bodenschätze

Die DDR verfügt über wenig Bodenschätze. Zu den wichtigsten zählen Braunkohle, Stein- und Kalisalze. Braunkohlevorkommen befinden sich in den Bezirken Leipzig, Halle und Cottbus. Die Stein- und Kalivorkommen liegen in den Bezirken Erfurt, Magdeburg und Halle. Erdöl, Erdgas, Steinkohle und Eisenerz sind in geringem Umfang vorhanden. In den Mittelgebirgen werden auch kleinere Lagerstätten von Blei, Zink, Nickel und anderen Nichteisenmetallen abgebaut.

Bevölkerung und Siedlungen

Die DDR hat 16,64 Millionen Einwohner. 53 Prozent ihrer Bevölkerung sind weiblichen und 47 Prozent männlichen Geschlechts. Die Bevölkerungsdichte beträgt 154 Einwohner auf einen Quadratkilometer. Sie schwankt zwischen 3016 Einwohnern pro Quadratkilometer in Berlin, 3792 in Leipzig und 824 in Suhl. Mehr als drei Viertel der Bevölkerung leben in Städten, ein Viertel davon allein in den 15 Großstädten

der DDR mit über 100 000 Einwohnern. Ein Viertel der Bevölkerung wohnt in Dörfern.

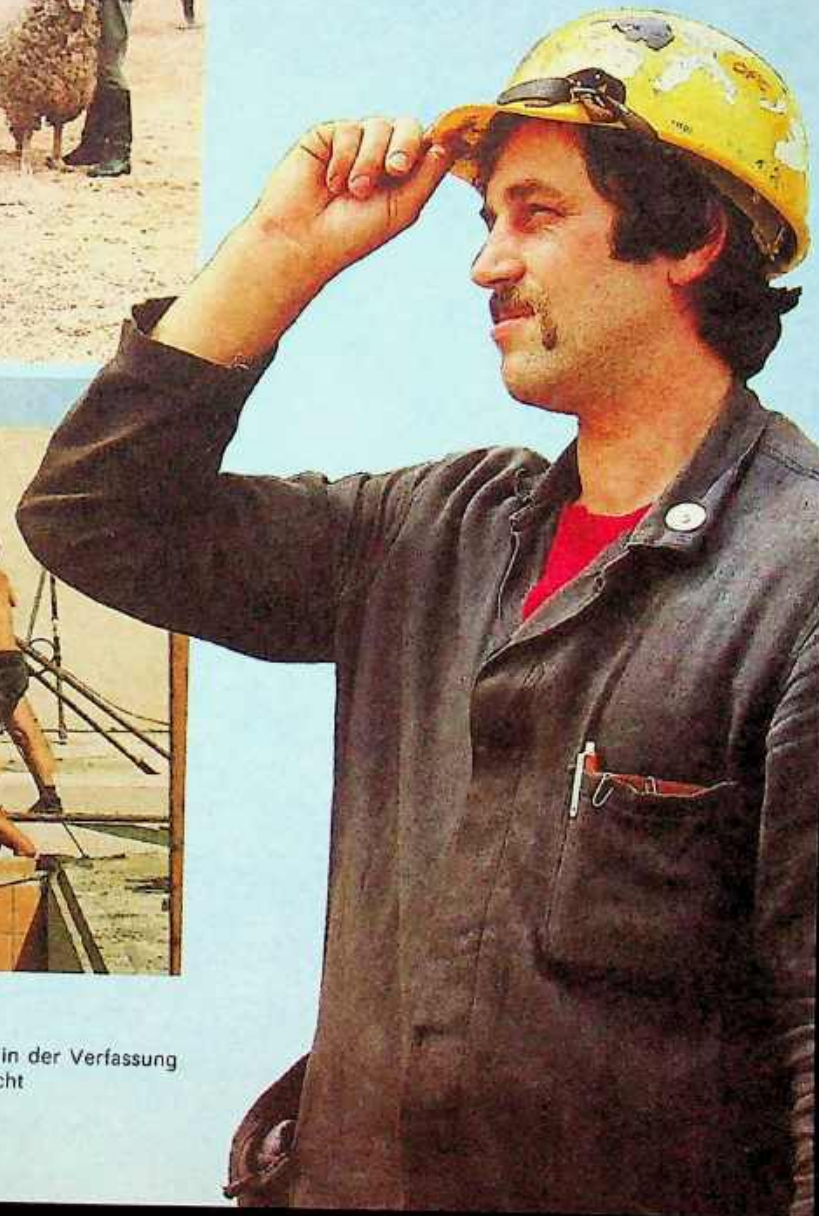
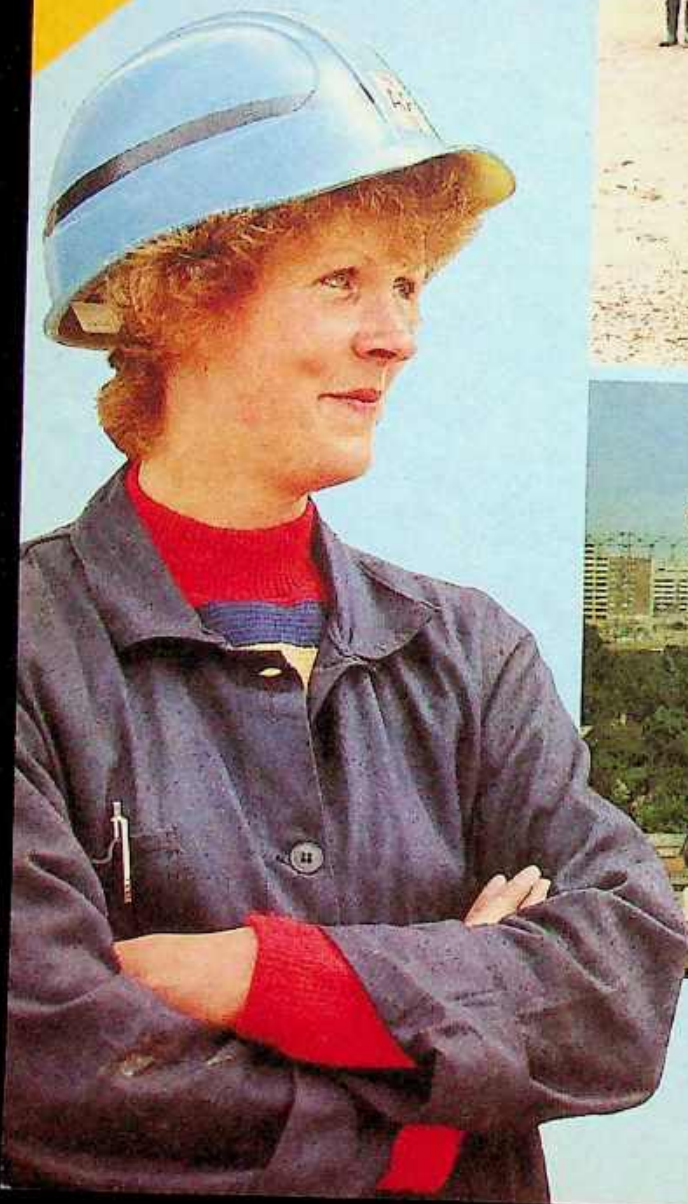
Altersstruktur: 64 Prozent der Bevölkerung befinden sich im arbeitsfähigen Alter zwischen 16 und 60 (Frauen) beziehungsweise 65 Jahren (Männer). 19 Prozent sind Kinder und 17 Prozent Rentner. Die Lebenserwartung beträgt 69 Jahre für Männer und 75 Jahre für Frauen.

Nationale Minderheit

Die Sorben sind die einzige nationale Minderheit in der DDR. Sie leben vorwiegend in den Bezirken Dresden und Cottbus. Die 100 000 Sorben genießen die gleichen Rechte wie die Bürger deutscher Nationalität. Sie arbeiten in allen Bereichen der Gesellschaft, sind Abgeordnete in Volksvertretungen. Die Sorben verfügen über ein staatliches Ensemble für sorbische Volkskultur, über ein deutsch-sorbisches Volkstheater. An der Akademie der Wissenschaften der DDR gibt es ein Institut für sorbische Volksforschung. Sorbische Zeitungen, Zeit-

schriften, Radiosendungen, ein Verlag (Domowina) und eine sorbische Druckerei tragen zur Pflege der sorbischen Kultur bei. In den Schulen des sorbischen Gebietes wird die sorbische Sprache gelehrt.

Soziales



Das Recht auf Arbeit für alle Männer und Frauen ist in der Verfassung garantiert und im täglichen Leben praktisch verwirklicht

Roboter und Computer wirken nicht als „Job-Killer“ * Ein Drittel aller Leiter in der Wirtschaft sind Frauen *
Löhne und Gehälter werden bis 1990 jährlich durchschnittlich um vier Prozent steigen.

Soziale Sicherheit

Sicherheit im Beruf

Soziale Sicherheit hat für die Bürger des Landes viele Seiten. Alle verstehen darunter ein Leben in Frieden, einen gesicherten Arbeitsplatz, eine solide Schul- und Berufsausbildung, die Sorge um kinderreiche Familien, eine schöne Wohnung und ein Leben ohne Angst um die Zukunft.

Auch künftig gibt es Arbeit für alle

In der DDR ist die umfassende Rationalisierung und damit die Einführung von modernen Technologien fast ausschließlich die Quelle für das Wirtschaftswachstum. Die Rationalisierung wird aber so durchgeführt, daß die soziale Sicherheit der Werktätigen erhalten und erhöht wird. Das betrifft vor allem die Vollbeschäftigung. Im Ergebnis der

Rationalisierungsvorhaben sollen gerade die Arbeitskräfte gewonnen werden, die heute und künftig im Bildungswesen, in der Gesundheitsfürsorge, im kommunalen Bereich, im Dienstleistungssektor, beim Schutz der Umwelt, auf dem Gebiet der Kultur und für den Rationalisierungsmittelbau benötigt werden. Unter Kontrolle der Gewerkschaften und aller Beteiligten werden dabei auftretende Probleme (Wechsel des Arbeitsplatzes und der Wohnung, notwendige Qualifizierung) gelöst.

Mit der sozialistischen Rationalisierung ist die Umgestaltung der Arbeitsplätze, die Reduzierung körperlich schwerer, monotoner und gesundheitsgefährdender Arbeit verbunden.

Förderung der berufstätigen Frauen

Etwa 91 Prozent der Frauen in der DDR sind berufstätig. Weitreichende staatliche und gewerkschaftliche Maßnahmen ermöglichen es den Frauen und Müttern, berufliche und gesellschaftliche Tätigkeit immer besser mit ihren Aufgaben in der Familie zu vereinbaren.

45 Prozent aller Facharbeiter und Meister, 62 Prozent der Fachschulkader und über

38 Prozent der Hochschulkaader sind Frauen. In den Betrieben gibt es spezielle Pläne zur Frauenförderung. Diese beinhalten deren berufliche Qualifizierung, den konkreten Einsatz im Arbeitsprozeß und die politische Entwicklung. Frauen dominieren in den Bereichen Volksbildung, Gesundheitswesen und im Handel. Ein relativ hoher Anteil von Frauen übt hier Leitungsfunktionen aus. Für berufstätige Frauen besteht **absoluter**

Kündigungsschutz während der Schwangerschaft. Es wird ein Schwangerschafts- und Wochenurlaub von 26 Wochen gewährt. In dieser Zeit wird der Netto-Durchschnittslohn gezahlt.

Berufstätige Mütter erhalten bereits nach der Geburt des ersten Kindes ein bezahltes „Babyjahr“. Bei Geburt des dritten und jedes weiteren Kindes verlängert sich diese Freistellung bis zum 18. Lebensmonat des Kindes. Alle Rechte aus ihrem Arbeitsverhältnis einschließlich der Sicherung eines qualifikationsgerechten Arbeitsplatzes bleiben erhalten. Für berufstätige alleinstehende Mütter, für studierende Mütter und Mütter mit zwei und mehr Kindern gibt es bezahlte Freistellung bei Krankheit der Kinder, mehr Urlaub, bevorzugte Vergabe von Krippenplätzen, finanzielle Beihilfen sowie monatlich einen bezahlten Haushaltstag.

Durchschnittliches monatliches Haushaltsnettoeinkommen eines Arbeiter- und Angestelltenhaushalts (in Mark)

3-Personen-Haushalt	1980	1985	1987
	1589		1867

Vom durchschnittlichen Nettoeinkommen eines Arbeiter- und Angestelltenhaushalts (3-Personen-Haushalt) werden monatlich ausgegeben:

34,2 Prozent für Nahrungs- und Genußmittel;
36,4 Prozent für Industriewaren;
12,6 Prozent für Leistungen aller Art (Verkehr 1 Prozent, Miete 2,6 Prozent, Strom/Gas/Wasser/Heizung 1,5 Prozent, Reparaturen 1,9 Prozent, Bildung/Unterhaltung/Erholung/Urlaub 3,5 Prozent, sonstiges 2,1 Prozent);
16,8 Prozent für Steuern, Beiträge und Sparguthaben.
Die Verbraucherpreise für Waren des Grundbedarfs sowie für Mieten, Tarife und Dienstleistungen sind seit Jahren stabil.

Soziales

Rekonstruierte Altbauten in Erfurt
Eigenheime im Bezirk Halle



Neubau im Stil hanseatischer Backsteingotik am Universitätsplatz,
einem der ältesten Plätze Rostocks



Die Wohnungsfrage wird als soziales Problem gelöst *

Gut wohnen, erschwinglich wohnen, sicher wohnen – das ist der Inhalt des Wohnungsbauprogramms in der DDR von 1971 bis 1990.

Wohnungsbau

Seit 1945 war auf dem Gebiet der heutigen DDR das Wohnungsproblem eines der am schwersten zu lösenden Probleme nach der Beendigung des zweiten Weltkrieges. In zahlreichen großen Städten wie Halle, Berlin, Leipzig, Dresden, Rostock waren ganze Wohngebiete und zahlreiche Stadtteile völlig zerstört; Millionen Wohnungen stark beschädigt. Erhalten blieben zumeist Wohnungen, deren Bausubstanz zum größten Teil aus der Zeit um 1900 stammt und die als Mietskasernen für die Arbeiter gebaut worden waren. Häßliche Hinterhöfe, völlig unzureichende sanitäre Einrichtungen, kaum Licht und Luft, zu enge und zu wenig Räume waren typisch. Das erklärt, warum das Wohnen unter den Grundbedürfnissen der

Bürger der DDR einen besonderen Platz einnimmt.

Wohnungsbauprogramm

Gut wohnen, erschwinglich wohnen, sicher wohnen, das will jede Familie. Um das Wohnungsproblem zu lösen soll bis 1990 jeder Haushalt und jede Familie eine ihrer Größe angemessene, in ordentlichem Zustand befindliche, mit Heizung, Bad oder Dusche und WC ausgestattete Wohnung haben. Der Familiengröße angemessen ist im allgemeinen eine Wohnung, in der jeder ein eigenes Zimmer hat. Und genau das ist der Inhalt des Wohnungsbauprogramms.

Durch Neubau und Modernisierung von 2,4 Millionen Wohnungen verbesserten sich in den vergangenen

15 Jahren die Wohnbedingungen für 7,2 Millionen Menschen, also für fast die Hälfte der Einwohner der DDR. In diesem Zeitraum hat der Staat für das Wohnungsbauprogramm mehr als 260 Milliarden Mark ausgegeben. Bis 1990 kommen eine Million Wohnungen hinzu. Das bedeutet für weitere 3,2 Millionen Bürger eine komfortable Wohnung.

Das Wohnungsbauprogramm wird durch Neubau, Modernisierung und Rekon-

struktion verwirklicht. In den neuen Wohngebieten entstehen zugleich Kaufhallen, Kinderkrippen und Kindergärten, Schulen, Turnhallen und Restaurants. Durch **Neubau** wird der Wohnungsbestand erweitert. Die **Modernisierung** umfaßt den Einbau von Gas- oder Zentralheizung, Dusche und WC sowie die Erneuerung der Elektroleitungen, die Sanierung von Kellern, Dächern und Fußböden. Die **Rekonstruktion** konzentriert sich auf die Wiederherstellung

denkmalgeschützter und kulturhistorisch wertvoller Wohnhäuser.

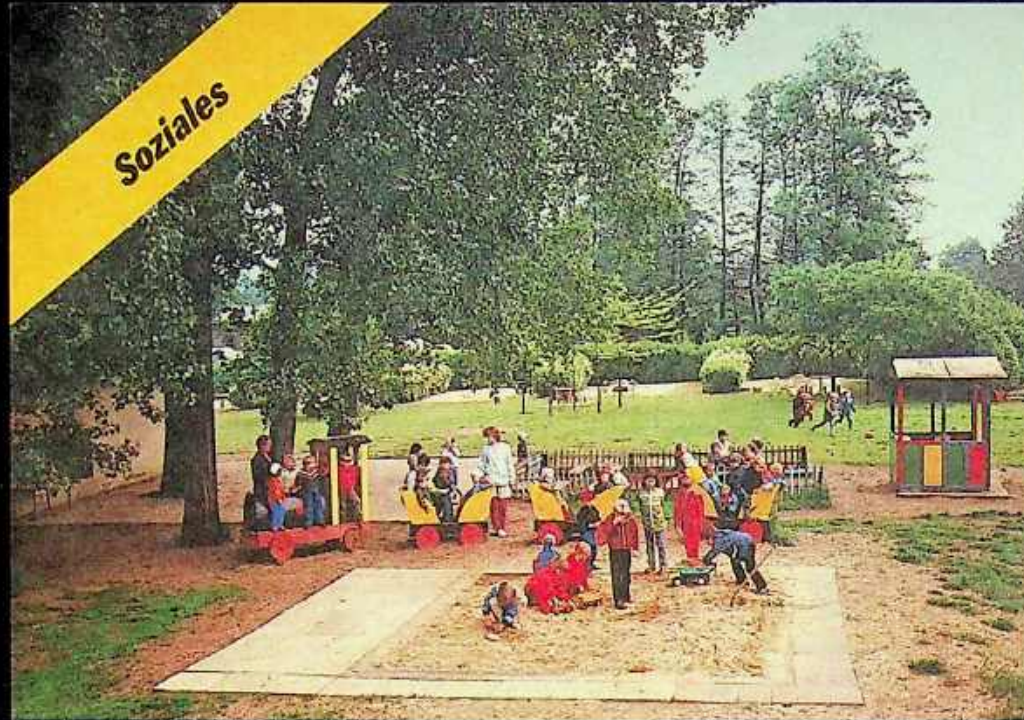
Mieten

Von großer Bedeutung für die Bürger ist die Tatsache, daß die Mietpreise niedrig und stabil sind. Und das seit der Gründung der DDR. Drei Prozent vom Haushaltsnettoeinkommen der Arbeiter- und Angestelltenhaushalte werden für Mieten ausgegeben. Der Quadratmeter Wohnfläche in einer Neubauwohnung kostet 0,80 bis 1,25 Mark Miete. Das ist etwa ein Drittel der Kosten für die Bewirtschaftung und Erhaltung eines Quadratmeters Wohnfläche. Zwei Drittel werden vom Staatshaushalt getragen.

Wohnungsvergabe

- In der DDR ist jede Spekulation mit Wohnungen ausgeschlossen. Der vorhandene Wohnraum wird nicht nach dem Geldbeutel, sondern nach sozialen Gesichtspunkten vergeben. Wohnungsämter bei der Stadt- und Gemeindeverwaltung sowie ehrenamtliche Wohnungskommissionen der Bürger weisen nach Dringlichkeit des Antrages die Wohnungen zu.
- Arbeiterfamilien erhielten bisher zwei Drittel aller Neubauwohnungen.
- Etwa jede vierte Neubauwohnung wurde an junge Eheleute vergeben.
- In jede 10. Wohnung zog eine kinderreiche Familie (drei und mehr Kinder) ein.

Soziales

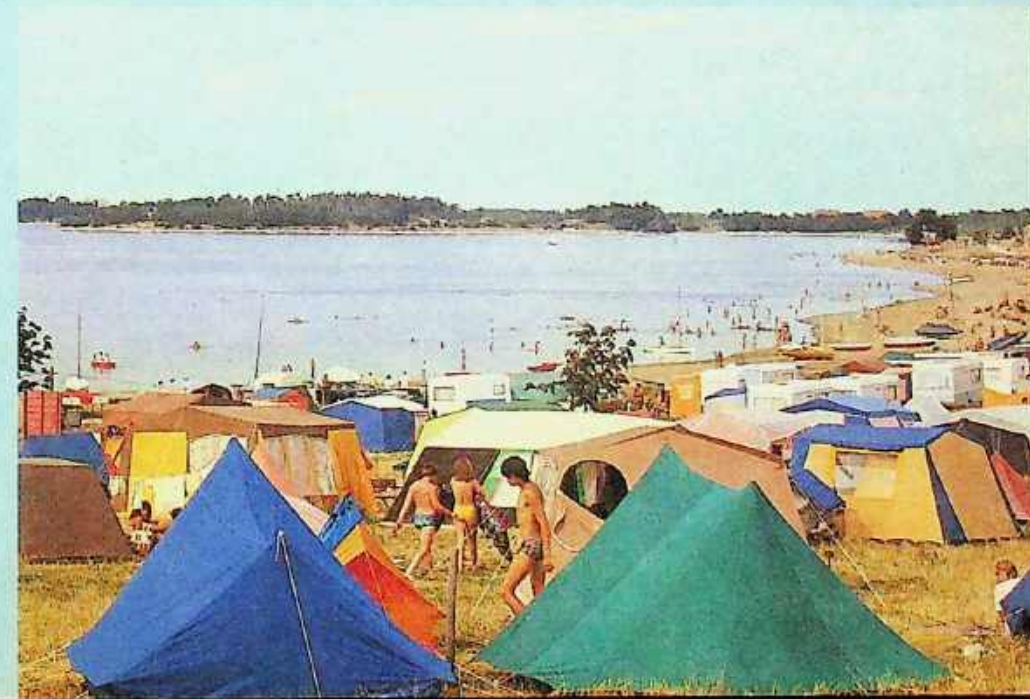


Kindergarten in Burg, Bezirk Cottbus

Hochzeit in Wernigerode (Harz)

Die Volkssolidarität organisiert Rentnertreffs in den Wohngebieten

Viele Familien verbringen ihren Urlaub auf Campingplätzen in den schönsten Gegenden der DDR



Zinslose Kredite für junge Ehepaare * Bezahlte berufliche Freistellung während und nach der Schwangerschaft *
jährlich mehr als 12 Millionen Urlaubsreisen.

Familie

Zur sozialen Sicherheit gehört der besondere Schutz der Ehe, Familie und Mutterschaft. Keine Familie lebt in Armut, Hunger oder sozialer Unsicherheit. Für alle Kinder sind der Schulbesuch, die Lehrausbildung und das Studium kostenlos. Die Eltern wissen, daß ihre heiratsfähigen Töchter und Söhne ohne materielle Probleme und ohne Zukunftsangst eine Familie gründen können.

Starthilfe für die junge Familie

Junge Ehepaare (Altersgrenze 30 Jahre) erhalten zinslose Kredite in Höhe von 7000 Mark. Innerhalb von 11 Jahren erfolgt deren Rückzahlung. Bei der Geburt des ersten Kindes werden 1000 Mark, bei der Geburt des zweiten 1500 und bei der

Geburt des dritten Kindes weitere 2500 Mark erlassen. Bei der Vergabe von Wohnraum werden junge Eheleute von den staatlichen Einrichtungen und ihren Betrieben großzügig unterstützt und vorrangig berücksichtigt. Durch den Bau von Kinderkrippen und Kindergärten ist die Betreuung der Kinder während der Arbeitszeit gesichert. Keine junge Mutter braucht deshalb ihre Berufstätigkeit durch die Geburt eines Kindes aufzugeben.

Kinderreiche Familien

Familien mit drei und mehr Kindern werden in der DDR als kinderreich bezeichnet und erhalten dementsprechend eine umfassende materielle Unterstützung. Das sind unter anderem Mietzuschüsse, kostenlose Wäsche-

reileistungen und staatliche Beihilfen für den Kauf von Möbeln und Bekleidung. Hinzu kommen unentgeltliche oder verbilligte Urlaubsplätze, Erholungskuren, Ermäßigung für Eintrittspreise für alle kulturellen Einrichtungen sowie für Schülerspeisung und Trinkmilch. Bevorzugt erhalten sie Wohnungen. Das staatliche Kindergeld beträgt für das erste Kind 50 Mark monatlich, für das zweite Kind 100 Mark, für das dritte und jedes weitere Kind 150 Mark.

Geborgenheit im Alter

16,6 Prozent der Bevölkerung sind im Rentenalter. Der sozialistische Staat ist sehr darauf bedacht, älteren Menschen Geborgenheit und soziale Sicherheit zu geben. Nach dem Ausscheiden aus dem Arbeitsleben verbleiben sie auch als Rentner in den Gewerkschaftsgruppen ihrer ehemaligen Betriebe, werden dort ebenso wie in den Wohngebieten kulturell und sozial umsorgt. Unentgeltlich ist die ärztliche Betreuung. Weder Steuern noch Rund-

funk- und Fernsehgebühren sind zu entrichten.

Die Renten wurden seit Gründung der DDR elfmal erhöht. Auch die Mindestrente sichert, daß jeder ältere Bürger Miete, Strom, Lebensmittel und Kleidung bezahlen kann. Obwohl der Bau von Feierabend- und Pflegeheimen ständig erhöht wird, entspricht deren Zahl noch nicht dem Bedarf. Für die Unterkunft, volles Essen und Betreuung im Heim zahlt der Rentner monatlich 30 Prozent seiner Rente.

Urlaub

Für jeden berufstätigen Bürger, für jede Familie ist ein erholsamer, abwechslungsreicher Urlaub erschwinglich. Alle Werktätigen erhalten jährlich einen Erholungsurlaub von mindestens drei Arbeitswochen und drei Tagen bei vollem Lohn. In einigen Berufszweigen mit besonderen Arbeitsbedingungen beträgt der Urlaub bis zu sechs und acht Wochen im Jahr.

Der Feriendienst- eine zentrale Einrichtung der Gewerkschaften – sowie die Betriebe

vergeben jährlich etwa zwei Millionen Reisen. Gewerkschaftsmitglieder zahlen für eine 10- bis 14tägige Urlaubsreise 28 Prozent der tatsächlichen Kosten, für mitreisende Kinder nur 30 Mark. Großen Zuspruch hat bei der DDR-Bevölkerung das Camping.

Ferien der Schüler: Von den achtwöchigen Sommerferien verbringen etwa 2 Millionen Kinder und Jugendliche drei erlebnisreiche Wochen in rund 5000 Betriebsferienlagern und in etwa 50 Pionierlagern. Die Eltern zahlen wöchentlich zwei bis vier Mark für diesen Aufenthalt.

Soziales

34000 Patienten werden jährlich im größten Kurort der DDR Bad Elster behandelt



Ständige medizinische Betreuung im Feierabendheim in Hildburghausen
Körperbehinderte erholen sich in speziellen Ferienlagern

Trotz moderner Technik – die Größe der Neugeborenen wird immer noch mit dem Bandmaß gemessen



Gesundheitsfürsorge vom ersten Tag des Lebens an * 10 000 Mütterberatungsstellen * 600 Sonderschulen mit rund 6 000 Klassen für physisch und psychisch geschädigte Kinder und Jugendliche * Rund 360 000 Kuren werden jährlich vergeben, davon zwei Drittel an Arbeiter, mehr als die Hälfte an Frauen.

Gesundheit

Um die Gesundheit zu fördern, Erkrankungen vorzubeugen, zu verhüten und sie möglichst frühzeitig zu erkennen und zu behandeln, erhalten alle Bürger unabhängig von ihrer sozialen Herkunft, ihrer sozialen Lage kostenlos jede Art der medizinischen Behandlung und die erforderlichen Medikamente. Freie Arztwahl ist selbstverständlich.

Sozialversicherung

In der DDR sind fast 100 Prozent der 16,6 Millionen Einwohner einheitlich pflichtversichert oder als nichtarbeitende Familienangehörige mitversichert. Es gibt zwei Versicherungen: 90 Prozent der Bevölkerung gehören der gewerkschaftlich geleiteten Sozialversicherung der Arbeiter und Angestellten an, 10 Pro-

zent, zum Beispiel Handwerker und Genossenschaftsbauern, werden von der Staatlichen Versicherung der DDR betreut. Die Beiträge der Versicherten betragen monatlich maximal 60 Mark. Der versicherte Werktätige sowie seine Familienangehörigen erhalten kostenlos Heilbehandlungen, Kuren, Arzneimittel. Für die materielle Sicherheit der Werktätigen bei Krankheit, Arbeitsunfall oder Berufskrankheit sorgt das Krankengeld der Sozialversicherung. Es wird vom ersten Tag bis zur Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit oder bis zum Eintritt der Invalidität gezahlt, längstens für 78 Wochen. Niemandem geht in dieser Zeit der Arbeitsplatz verloren.

Medizinische Versorgung

Die Mehrzahl der Bürger wird kontinuierlich in Polikliniken und Ambulatorien medizinisch betreut. Diese ambulanten Einrichtungen umfassen die verschiedensten Abteilungen:

Innere Medizin, Chirurgie, Kinderheilkunde, Gynäkologie, eine Röntgenabteilung und Labors. Mehr als 50 Prozent der Ärzte arbeiten in diesen Zentren.

Für die stationäre medizinische Behandlung stehen leistungsfähige Krankenhäuser zur Verfügung. Auf 1 000 Einwohner kommen etwa 10 Krankenhausbetten. Das entspricht dem Bedarf.

Damit in Notsituationen zu jeder Zeit und an jedem Ort die notwendige medizinische Hilfe schnell verfügbar ist, wurde in der DDR die „Schnelle Medizinische Hilfe“ eingerichtet.

Das Betriebsgesundheitswesen ist eine bedeutsame Errungenschaft in der DDR. Etwa 6,7 Millionen Werktätige sind in die betriebsärztliche Betreuung einbezogen. Neben der medizinischen

Grundbetreuung werden arbeitsmedizinische Tauglichkeits- und Überwachungsuntersuchungen regelmäßig durchgeführt. Besondere Aufmerksamkeit gilt der Verhütung von Berufskrankheiten und Arbeitsunfällen. Etwa 2 500 Ärzte und 10 000 Betriebseschwestern sind in 3 800 betrieblichen Gesundheitseinrichtungen (Polikliniken, Ambulatorien, Sanitätsstellen) beschäftigt.

Mutter und Kind

Regelmäßige Schwangerschaftsuntersuchungen, Entbindungen in geburtshilflichen Abteilungen der Krankenhäuser, sorgfältige Betreuung der Säuglinge in den Mütterberatungsstellen nach der Entlassung aus den Krankenhäusern einschließlich der gesetzlich vorgeschriebenen Impfungen trugen wesentlich zur Senkung der Mütter- und Säuglingssterblichkeit bei. Das Gesetz über die Unterbrechung der Schwangerschaft ermöglicht den Frauen, über die Anzahl, den Zeitpunkt und die zeitliche Auf-

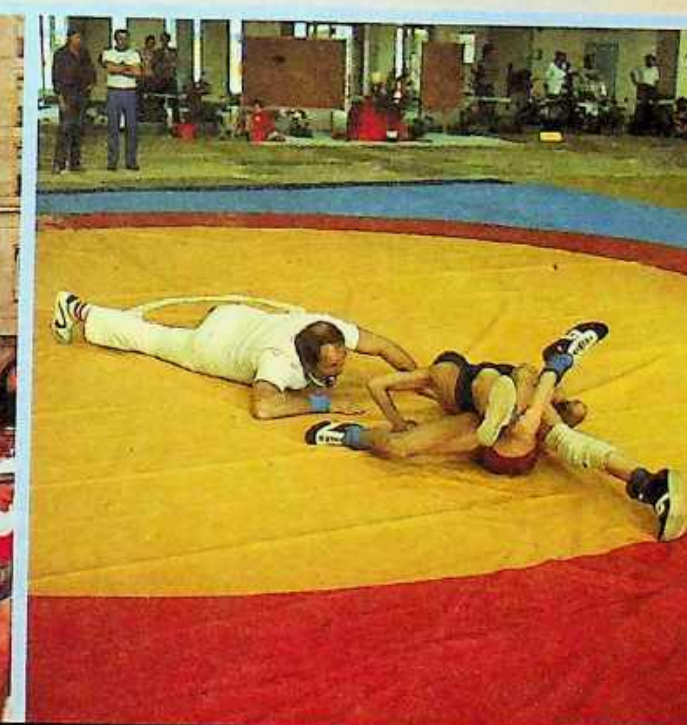
einanderfolge der Geburten selbst zu entscheiden.

Förderung geschädigter Bürger

Menschen mit körperlichen und geistigen Schädigungen erhalten besondere Fürsorge. Ihre Betreuung konzentriert sich vor allem auf die Berufsausbildung in den Betrieben, die Schaffung von Wohnheimplätzen in der Nähe der Betriebe, auf die Förderung schulbildungsfähiger Kinder und Jugendlicher und auf die aktive sportliche Betätigung der Geschädigten. Zur Zeit stehen physisch und psychisch geschädigten Kindern 600 Sonderschulen mit rund 6 000 Klassen zur Verfügung. Sie garantieren eine angemessene Bildung.

Sport

Neuerbaute Eisschnelllaufhalle im Berliner Sportforum
DDR-Frauenmannschaft nach ihrem Sieg beim Leichtathletik-Weltcup 1985 in Canberra
Etwa 50 000 Bürger nahmen 1986 am Berliner Friedenslauf teil
Alljährlich wetteifern die besten Kinder und Jugendlichen um Spartakiademedailen



Seit 1956 gewannen DDR-Sportler bei den olympischen Spielen 445 Medaillen * Stärkste Verbände des DTSB – Fußball, Angeln, Turnen, Kegeln, Leichtathletik.

Sport

Die DDR ist ein sportfreundliches und sportbegeistertes Land. Insbesondere an den Wochenenden sind es Zehntausende, die es in die Stadien und Sporthallen zieht, um „ihrer“ Mannschaft, „ihrem“ Favoriten im Wettkampf lautstark Unterstützung zu geben. Millionen haben per Bildschirm oder Lautsprecher teil an bedeutenden nationalen und internationalen Sportereignissen, die – zumeist live – in die „gute Stube“ übertragen werden.

Aber – und das ist die zweite, gewichtigere Seite im Sportland DDR: In jedem Jahr wächst die Zahl derjenigen, die sich nicht allein als Konsument des Sports zufriedengeben, sondern selbst aktiv sind, um etwas für die eigene Gesundheit, die eigene Leistungsfähigkeit zu tun.

Der Deutsche Turn- und Sportbund der DDR (DTSB)

Im DTSB (gegründet 1957) sind heute **3,6 Millionen Mitglieder** aller Altersgruppen organisiert, das sind 21,5 Prozent der Bevölkerung. Er vereint **35 Sportverbände**. Die Beiträge für die Mitglieder sind sehr niedrig: 0,20 Mark für Kinder, 0,80 Mark für Jugendliche, 1,30 Mark für Erwachsene im Monat.

Im DTSB arbeiten – zum größten Teil ehrenamtlich – rund **500 000 Funktionäre**. Hinzu kommen rund **255 000 Übungsleiter** sowie mehr als **157 000 Kampf- und Schiedsrichter**. Um immer mehr Kinder, Jugendliche und Erwachsene für regelmäßiges sportliches Tun zu gewinnen, wirkt der DTSB eng mit den Gewerkschaften, dem Jugend-

verband sowie der Frauenorganisation zusammen.

Wachsender Beliebtheit erfreuen sich in der DDR solche **volksportlichen Massenwettbewerbe** wie die Laufbewegung „Eile mit Meile“, das „Tischtennis-Turnier der Tausende“, der Volleyballwettbewerb „Ran ans Netz“, der Familienwettkampf der Frauenzeitschrift „Für Dich“ und viele andere.

Kinder- und Jugendsport

Der natürliche Drang der Kinder und Jugendlichen nach Sport und Spiel wird auf vielfältige Weise gefördert. Bereits in den Kindergärten gehört der Sport in altersspezifischer Form zum Tagesablauf. In der zehnklassigen Oberschule ist der Sport als **gleichberechtigtes obligatorisches Unterrichtsfach** (zwei bis drei Wochenstunden) in jedem Stundenplan enthalten. Ebenso ist es in der Berufsausbildung und im Studium. Alle Kinder erlernen im Alter von sieben bis zehn Jahren in der Schule kostenlos das Schwimmen. Auch über den Unterricht hinaus haben die

Mädchen und Jungen die Möglichkeit, in **Schulsportgemeinschaften** eine oder mehrere Sportarten ihrer Wahl zu betreiben.

Sportlich besonders talentierte Kinder und Jugendliche können **Kinder- und Jugendsportschulen**, die von der vierten Klasse bis zum Abitur führen, oder **Trainingszentren** des DTSB besuchen.

Seit 1966 finden in der DDR **Kinder- und Jugendspartakaden** statt, an deren Wettkämpfen – von Schulausscheiden bis zu den Endkämpfen – Jahr für Jahr Zehntausende junge Sportler in 20 olympischen Sportarten teilnehmen.

Im Geist der olympischen Idee

Der olympischen Idee, mit dem Sport die allseitige Erziehung der Jugend zu fördern und einen Beitrag zum friedlichen Zusammenleben der Völker zu leisten, fühlt sich die DDR zutiefst verbunden. Sie pflegt auf dieser Grundlage **Sportkontakte zu fast 100 Ländern**.

An der **Deutschen Hoch-**

schule für Körperkultur (DHfK) in Leipzig wurden bisher rund 2000 Trainer und Sportwissenschaftler aus 88 Staaten ausgebildet. Damit unterstützt die DDR aktiv das Programm für „Olympische Solidarität“ des IOC.

Seit 1956 nimmt die DDR an Olympischen Spielen teil. Ihre Sportlerinnen und Sportler gewannen bisher 445 olympische Medaillen. In vielen Sportarten bestimmen die Athleten der DDR das internationale Niveau mit.

Staat



Tagung des Staatsrates, geleitet von Erich Honecker, Generalsekretär des ZK der SED und Vorsitzender des Staatsrates

Palast der Republik in Berlin – Sitz der Volkskammer

Annahme einer Regierungserklärung durch die Abgeordneten der FDJ-Fraktion

Volksvertreter im Gespräch mit Bürgern



Jeder dritte Bürger des Landes ist ehrenamtlich tätig, um gesellschaftliche Aufgaben zu lösen *
 Die Jugendorganisation FDJ ist in der obersten Volksvertretung mit 37 Abgeordneten in einer eigenen Fraktion vertreten.

Staat und Gesellschaft

Staatsaufbau

Die DDR ist ein sozialistischer Staat. Die Werktätigen üben die politische Macht aus. Sie werden von der Arbeiterklasse geführt.

Der Staat wird durch demokratisch gewählte Volksvertretungen regiert. Alle Abgeordneten der Volksvertretungen sind keine Berufsparlamentarier, sondern gehen ihren Berufen nach.

Die Volkskammer (500 Abgeordnete) ist die oberste Volksvertretung der DDR. Sie ist das einzige gesetz- und verfassungsgebende Organ. Niemand kann ihre Rechte einschränken. Alle politischen Parteien und die wichtigsten Massenorganisationen sind in ihr durch Fraktionen vertreten. Zur Durchführung ihrer Aufgaben bildet die Volkskammer Ausschüsse. Die Volkskammer entscheidet

über alle Grundfragen der Staatspolitik. Sie kontrolliert, wie die Gesetze und Beschlüsse eingehalten werden. Der Staatsrat, der Ministerrat, die Richter des Obersten Gerichts, der Generalstaatsanwalt sowie der Vorsitzende des Nationalen Verteidigungsrates werden von der Volkskammer gewählt.

Der Staatsrat ist das kollektive Staatsoberhaupt. Er vertritt die DDR völkerrechtlich. Sein Vorsitzender wird von der stärksten Fraktion zur Wahl vorgeschlagen. Der Staatsrat schreibt die Wahlen zur Volkskammer und zu den örtlichen Volksvertretungen aus. Er ist der Volkskammer für seine Tätigkeit verantwortlich.

Der Ministerrat ist die Regierung der DDR. Er leitet die Innen- und Außenpolitik so-

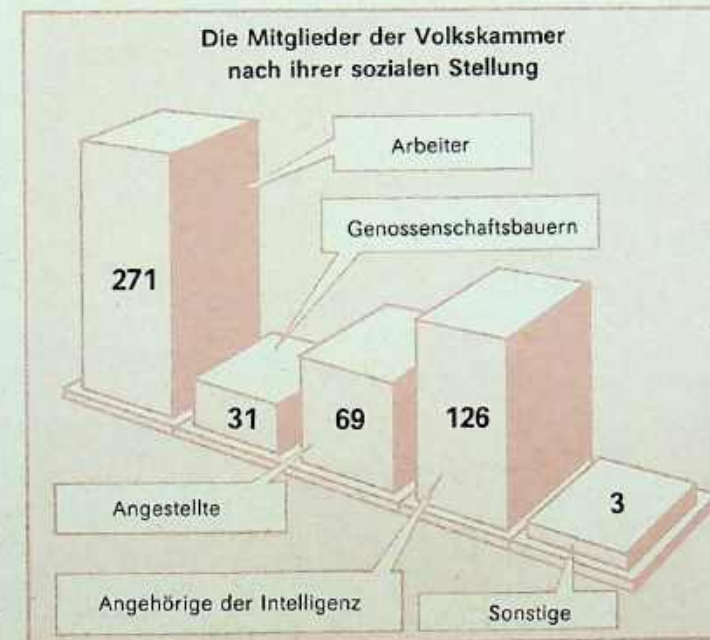
wie die Volkswirtschaft. Er unterbreitet der Volkskammer die Entwürfe von Gesetzen und Beschlüssen. Der Ministerrat leitet und kontrolliert die Arbeit der Ministerien.

Die örtlichen Volksvertretungen – 14 Bezirkstage, 229 Kreistage, 7542 Gemeindevertretungen und Stadtver-

ordnetenversammlungen, 25 Stadtbezirksversammlungen in sechs Großstädten – entscheiden auf der Grundlage der Gesetze in eigener Verantwortung über alle Angelegenheiten, die ihr Territorium und ihre Bürger betreffen. Sie arbeiten eng mit den Bürgern, den Betrieben, Ge-

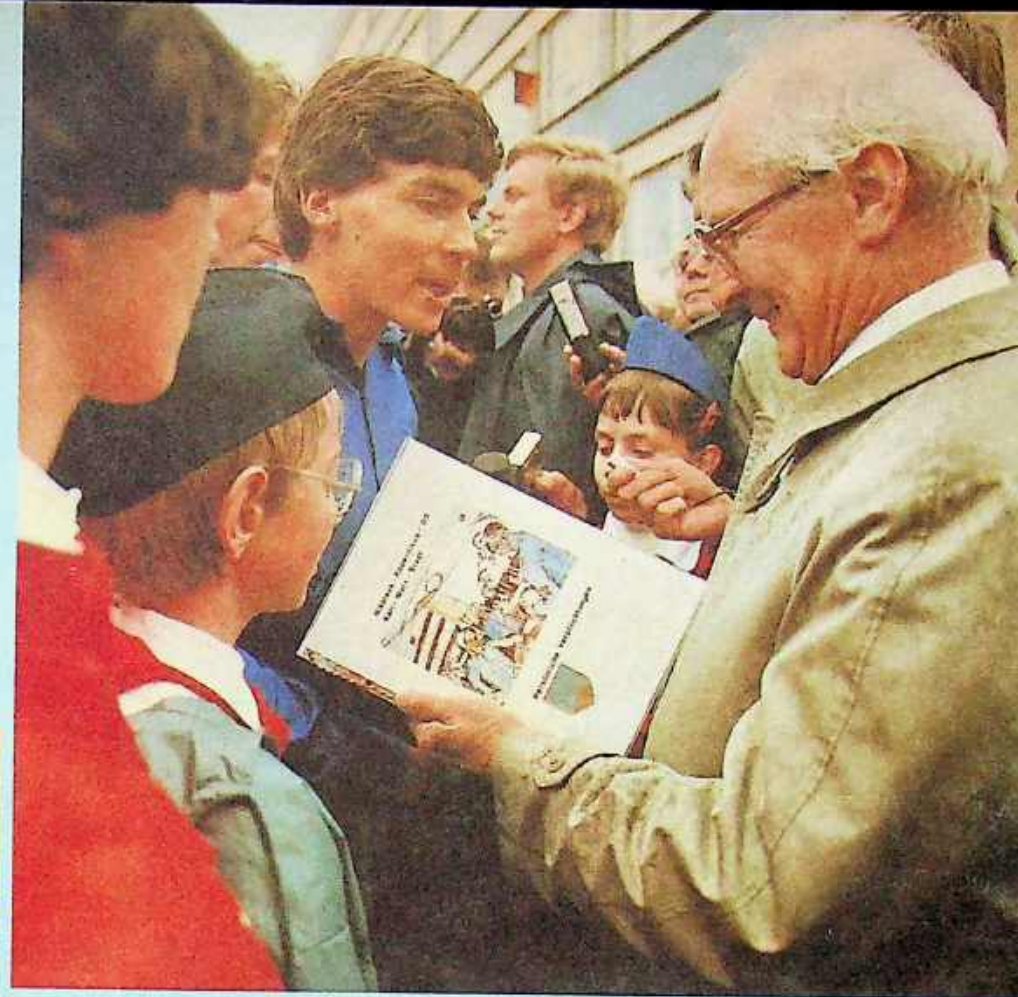
nossenschaften und anderen gesellschaftlichen Einrichtungen zusammen.

Staat und Kirche. Jeder Bürger der DDR hat das Recht, sich zu einem religiösen Glauben zu bekennen und religiöse Handlungen auszuüben. 4300 Pfarrer und Pastorinnen predigen uneingeschränkt in acht evangelischen Landeskirchen, 1144 katholische Geistliche in 988 Pfarreien und Seelsorgestationen. In der DDR üben 40 Religionsgemeinschaften und acht jüdische Gemeinden ihren Glauben aus. Kirchen und Religionsgemeinschaften haben eigene Verlage, geben Zeitungen und Bücher heraus. Unter den gewählten Mitgliedern von Volksvertretungen befinden sich Pfarrer und Theologen.





Obermeister Norbert Schiersch (2. v. r.) – Parteifunktionär der SED – ist ein wichtiger Gesprächspartner seiner Arbeitskollegen



Erich Honecker besucht die Kopernikus-Oberschule in Karl-Marx-Stadt
Während einer Tagungspause des Parteitages der SED in Berlin 1986 – Gespräch zwischen Delegierten



Die SED ist die stärkste Partei in der DDR *
Von den Mitgliedern und Kandidaten sind 35,6 Prozent Frauen, 23,8 Prozent sind unter 30 Jahre alt.

Die SED

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) ist die führende Partei der DDR. Sie vereinigt in ihren Reihen die fortschrittlichsten Angehörigen der Arbeiterklasse, der Klasse der Genossenschaftsbauern, der Intelligenz und der anderen Werktätigen. In der Mehrheit sind ihre 2,3 Millionen Mitglieder Arbeiter.

Soziale Zusammensetzung der SED nach der Tätigkeit ihrer Mitglieder und Kandidaten (Stand April 1986)

58,1 Prozent
Arbeiter
4,8 Prozent
Genossenschaftsbauern
22,4 Prozent
Angehörige der Intelligenz
7,6 Prozent
Angestellte
7,1 Prozent
übrige

Das Ziel dieser Partei ist darauf gerichtet, den Frieden zu erhalten, die materiellen und kulturellen Lebensbedingungen des ganzen Volkes ständig zu erhöhen. Mit diesem Anliegen entspricht sie den Wünschen und Interessen der Arbeiter, Bauern, Kultur- und Geistes-schaffenden, Handwerker, Rentner und der Jugend. Millionen Bürger unterstützen mit Meinungen, Hinweisen, Kritiken, Kontrollen, vor allem aber durch ihre vorbildliche Arbeit, die von der Partei gestellten Aufgaben. Das wesentlichste Prinzip der SED ist es, ihre Politik gemeinsam mit den Bürgern auszuarbeiten, zu beschließen und zu verwirklichen.

Alle Parteiorgane werden von unten bis oben demokratisch gewählt. Die gewählten

Organe sind rechenschaftspflichtig.

Zur innerparteilichen Demokratie gehört die freie und sachliche Erörterung aller Fragen der Parteipolitik, die Unterordnung der Minderheit bzw. des einzelnen unter die Beschlüsse der Mehrheit und die disziplinierte Erfüllung der gefaßten Beschlüsse durch alle Mitglieder.

Die führende Rolle der SED engt die demokratischen Rechte und Möglichkeiten der Bürger keineswegs ein, sondern garantiert und fördert deren Wahrnehmung in allen Bereichen. Die SED arbeitet kameradschaftlich und vertrauensvoll mit allen Werktätigen zusammen. Die führende Rolle der SED wird von den anderen vier Parteien und den gesellschaftlichen Organisationen anerkannt. Zugleich respektiert die SED die Selbständigkeit dieser Parteien, ihre unterschiedlichen Motivationen und Interessen, an der Entwicklung der Gesellschaft teilzunehmen.

Im Bündnis mit den anderen Parteien

Die vier Parteien – die Christlich-Demokratische Union Deutschlands (CDU), die Demokratische Bauernpartei Deutschlands (DBD), die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands (LDPD) und die National-Demokratische Partei Deutschlands (NDPD) – sowie alle gesellschaftlichen Organisationen besitzen Mitsprache- und Entscheidungsrechte und sind in vielen Formen an der Ausübung der politischen Macht beteiligt. In diesen Parteien sind insgesamt etwa 438 000 Mitglieder organisiert, die spezifische Interessen von unterschiedlichen Klassen und Schichten vertreten. Mit eigenen Beiträgen helfen sie, eine Politik durchzusetzen, die dem Wohl des Volkes und dem Frieden verpflichtet ist.

Die SED und die FDJ

Die FDJ vereinigt rund 2,3 Millionen (75 Prozent aller Jugendlichen) Mitglieder im Alter von 14 bis 25 Jahren. Zu ihr gehört die Pionierorganisation „Ernst Thälmann“ als

Kinderorganisation für die Jungen und Mädchen von 6 bis 14 Jahren.

Die SED bringt der Jugend und ihrer Jugendorganisation Vertrauen entgegen und überträgt ihr Verantwortung. Sie garantiert ihr soziale Geborgenheit, Arbeit, wachsenden Wohlstand, Bildung, gleiche Rechte und Perspektiven. Mitglieder der FDJ, die Mitglieder der SED sind, arbeiten in den Leitungen der Partei auf allen Ebenen mit. Gleichzeitig fördert die SED die Mitarbeit der FDJ in allen staatlichen, gewerkschaftlichen Leitungen der Bildungseinrichtungen, Betrieben und Institutionen. Die FDJ betrachtet es als ihre Aufgabe, die Rechte der gesamten Jugend wahrzunehmen. Sie organisiert ein anregendes geistig-kulturelles, touristisches und sportliches Leben in ihren Reihen, unterstützt die Jugendlichen in der beruflichen Arbeit und der gesellschaftlichen Tätigkeit sowie beim Lernen und Studieren.



Gewerkschaftsversammlung im VEB Elektrokohle in Berlin



Während des XI. Weltgewerkschaftskongresses 1986 in Berlin besucht eine Gewerkschaftsdelegation Frankreichs Werk-tige des VEB Bergmann Borsig



Hochschule des FDGB in Bernau bei Berlin

Komfortables FDGB-Urlaubsheim, Zeulenroda (Thüringen)



Gewerkschaften

Der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund (FDGB) ist die einheitliche freie und unabhängige Gewerkschaftsorganisation. Er ist die größte Massenorganisation der Arbeiter, Angestellten und der Intellektuellen. Am 15. Juni 1945 wurde er gegründet. Seit dem 1. Januar 1949 ist er Mitglied des Weltgewerkschaftsbundes. Im FDGB sind 16 Industriegewerkschaften und Gewerkschaften vereinigt und mehr als neun Millionen Mitglieder organisiert. Das sind über 97 Prozent aller Berufstätigen – ohne die Mitglieder von Genossenschaften.

Ziele: Die Gewerkschaften sehen es als ihre Hauptaufgabe an, für ein hohes Lebensniveau des Volkes zu sorgen. Sie setzen sich dafür ein, ein dynamisches Wachstum der Wirtschaft zu sichern

und damit die sozialpolitischen Ziele zu verwirklichen. Der FDGB sichert die Rechte aller Gewerkschaftsmitglieder und entwickelt bei seinen Mitgliedern die kameradschaftliche Zusammenarbeit am Arbeitsplatz. Er hilft allen Werktätigen bei erforderlichen Qualifizierungen, Umschulungen für den Einsatz an neuen Arbeitsplätzen durch notwendig gewordene Rationalisierungsvorhaben.

Rechte: Die Gewerkschaften verfügen über das Recht auf umfassende Mitbestimmung in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Alle Vereinbarungen, die die Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen betreffen, müssen mit dem FDGB beraten werden und bedürfen seiner Zustimmung vor der Verabschiedung (zum Beispiel: Ar-

beitsgesetzbuch, Jugendgesetz, Mutter- und Kinderschutz, Rechte der Frau, Fragen der Gehalts- und Lohnpolitik).

Der FDGB stellt mit 61 Abgeordneten die zweitstärkste Fraktion der Volkskammer. Er hat das Recht, Gesetze einzubringen. Im Ausschuß für Arbeit und Sozialpolitik der Volkskammer führt die Fraktion des FDGB den Vorsitz. Die Organe der Staatsmacht und die Volksvertretungen sind verpflichtet, eng mit den Gewerkschaften zusammenzuarbeiten.

Die Sozialversicherung der Arbeiter und Angestellten wird von den Gewerkschaften geleitet. Der FDGB beteiligt sich an der umfassenden materiellen und finanziellen Versorgung und Betreuung bei Krankheit, Arbeitsunfall, Invalidität, Pflege erkrankter Kinder, Mutterschaft, im Alter, im Falle des Todes und von Hinterbliebenen (siehe Tafel Gesundheit).

Gewerkschaften im Betrieb: Gewerkschaftliche Arbeit in den Betrieben konzentriert sich vor allem auf die

Mitbestimmung der Werktätigen in der Produktion und im sozialen Bereich. Jährlich finden in den Betrieben Diskussionen zum Planentwurf für das kommende Jahr statt. Alle Beschäftigten werden um ihre Meinung gefragt, geben entweder ihre Zustimmung oder reichen weitere Vorschläge ein, die die vorgesehenen Kennziffern – Material und Energiekosten, Lohn- und Arbeitskräfte sowie Leistungen – betreffen oder den Arbeits- und Lebensbedingungen gelten. Diese Vorschläge müssen von den Betriebsleitungen sorgfältig erfaßt und bearbeitet werden. Die Betriebsgewerkschaftsleitungen kontrollieren, ob sie verwirklicht werden. Die Interessen der Werktätigen werden in allen Betrieben durch eigene Kommissionen des FDGB (Arbeitsschutz-, Kur-, Ferien- und Kultur-, Gesundheits- und Sozialkommissionen) wahrgenommen. In jedem Jahr wird zwischen dem Betriebsleiter und den Werktätigen, die durch die Betriebsgewerkschaftsleitung vertreten sind, ein Betriebskollektivvertrag

abgeschlossen. Er umfaßt einerseits Verpflichtungen der Werktätigen zur Erfüllung der ökonomischen Aufgaben des Betriebes, andererseits schließt er die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen, die berufliche Qualifizierung sowie die Förderung der berufstätigen Frauen und Jugendlichen ein.

Die Gewerkschaft organisiert und kontrolliert den sozialistischen Wettbewerb in den Betrieben. Die Werktätigen einzelner Bereiche und Abteilungen innerhalb eines Betriebes führen diesen Wettbewerb, um die Aufgaben des Betriebes in bester Qualität zu erfüllen und überzuerfüllen.



Bürger helfen bei der Verschönerung ihrer Wohnumwelt

Der Abgeordnete der Volkskammer, Joachim Herrmann (SED-Fraktion), auf einem Wahlforum in der Berliner Charité



Der Präsident des Nationalrates, Prof. Dr. Dr. Lothar Kolditz (r.) überreicht der Stadt Senftenberg die Ehrenurkunde für hervorragende Bürgerinitiativen

Wohngebietsfest im Berliner Stadtbezirk Marzahn



Die Nationale Front ist die breiteste Volksbewegung * Träger der Volkswahlen und Förderer von Bürgerinitiativen.

Nationale Front

Menschen unterschiedlicher Herkunft, sozialer Stellung und Weltanschauung, Mitglieder aller in der DDR bestehenden fünf Parteien und der Massenorganisationen sowie parteilose Bürger arbeiten in dieser sozialistischen Volksbewegung zusammen. Die Nationale Front wirkt vor allem in den Wohngebieten der Städte und Gemeinden. Dort leistet sie einen bedeutsamen Beitrag zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Bürger, zur Verschönerung der Städte und Dörfer, zur Entwicklung eines vielseitigen kulturellen Lebens. Sie arbeitet dabei eng mit den gewählten Abgeordneten und den kommunalen Einrichtungen zusammen.

Organisationsform: Der Nationalrat ist das höchste Gremium der Nationalen Front.

Die 14 Bezirks- und rund 240 Kreis- beziehungsweise Stadt- Ausschüsse leiten die 17500 ehrenamtlichen Ausschüsse. Diesen Ausschüssen gehören mehr als 340000 gewählte Bürger an. In den Arbeitsgruppen christlicher Kreise der Nationalen Front der DDR wirken gegenwärtig 900 Pfarrer und Theologen, rund 950 Mitglieder von Gemeindekirchenräten und etwa 70 Synodale. Im Unterschied zu den Parteien und Massenorganisationen kennt die Nationale Front keine Mitgliedschaft.

Die Nationale Front – Träger der Wahlen

Alle Parteien und Massenorganisationen vereinigen ihre Kandidatenvorschläge für die Volksvertretungen aller Ebenen zum gemeinsamen Wahlvorschlag der Nationalen

Front. Die Wahlen zu den Volksvertretungen finden alle fünf Jahre statt. Wahlberechtigt ist jeder DDR-Bürger, der am Wahltag sein 18. Lebensjahr vollendet hat. Jeder Bürger kann in die Volkskammer und in die örtlichen Volksvertretungen gewählt werden, wenn er am Wahltag das 18. Lebensjahr vollendet hat.

Die Wahlen beschränken sich nicht auf die Stimmabgabe am Wahltag. Diese bildet vielmehr den Abschluß einer Wahlvorbereitung, in der die Bürger über das bisher Erreichte und die künftigen Aufgaben beraten, die Kandidaten auswählen und prüfen. Die Prüfung der Kandidaten ist mit einer Aussprache über die Arbeit der Volksvertretung und jedes Abgeordneten verbunden. Jeder vorgeschlagene Kandidat für eine Volksvertretung muß in seinem Arbeitskollektiv bestätigt werden. Wird er in diesem Kreis abgelehnt, kann ihn seine Partei oder Organisation nicht auf die Kandidatenliste der Nationalen Front setzen. Damit üben die Werktätigen ei-

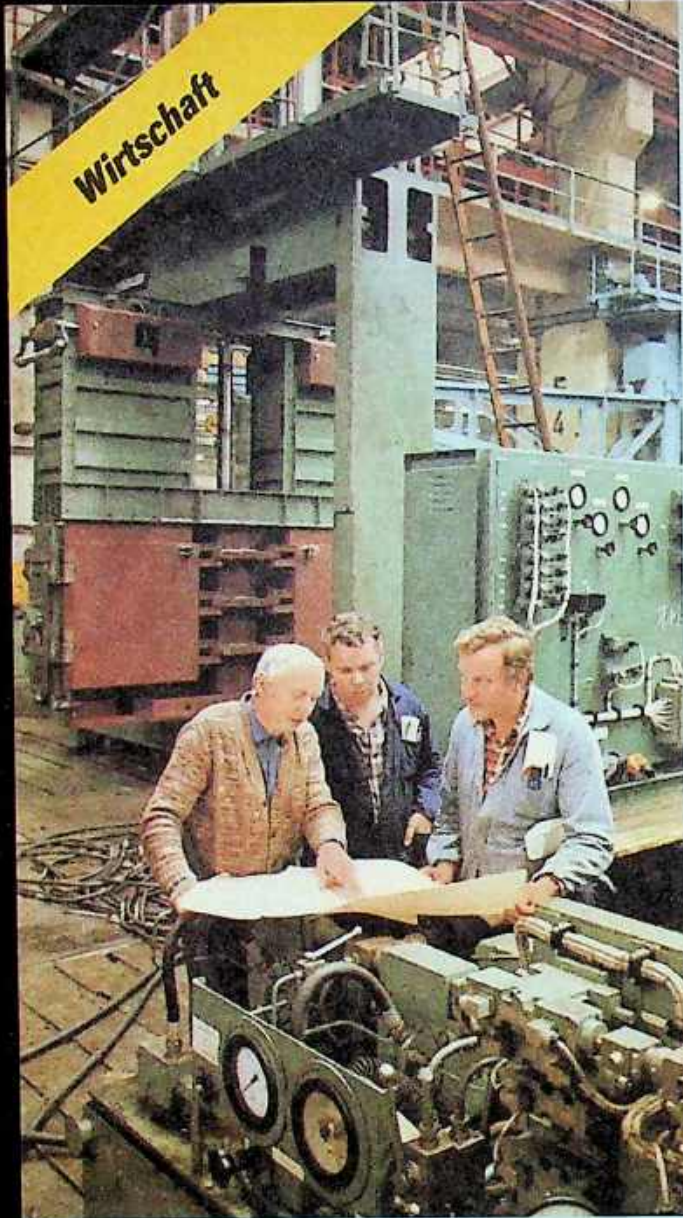
nen entscheidenden Einfluß darauf aus, wer in den Volksvertretungen ihre Interessen vertritt. Nach der Bestätigung durch das Arbeitskollektiv haben sich die Kandidaten in ihren Wahlkreisen ihren Wählern vorzustellen. Sie erläutern den Wählern hier das Wahlprogramm der Nationalen Front, und sie beraten mit ihnen, wie es am besten verwirklicht werden kann. Nach bewährter Praxis werden mehr Kandidaten aufgestellt als Mandate zu besetzen sind. Die Wähler haben somit die Möglichkeit, Kandidaten, die nicht ihr Vertrauen besitzen, zu streichen. Die Abgeordneten werden in freier, allgemeiner, gleicher und geheimer Wahl gewählt. Nach der Wahl werden die Stimmen öffentlich im Wahllokal gezählt. Gewählt sind die Kandidaten, die mehr als die Hälfte der gültigen Stimmen auf sich vereinen.

Der Demokratische Block

Er ist ein Organ, in dem die politischen Kräfte regelmäßig ihr gemeinsames Handeln abstimmen. Außer den fünf Par-

teien (SED, CDU, LDPD, DBD, NDPD) gehören ihm die in der Volkskammer vertretenen Massenorganisationen an (Freier Deutscher Gewerkschaftsbund, Demokratischer Frauenbund Deutschlands, Freie Deutsche Jugend, Kulturbund der DDR und die Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe). Alle diese Massenorganisationen stellen die gleiche Zahl von Vertretern. Die gleichberechtigte Zusammenarbeit garantiert, daß alle Gesetzentwürfe sowie politische Grundfragen so lange diskutiert werden, bis Einmütigkeit darüber herrscht und die Beschlüsse die Zustimmung aller finden.

Wirtschaft



Für das Chemiefaserkombinat Schwarza ist diese Ballenpresse des Magdeburger Thälmannwerkes bestimmt

Abraumbagger im Braunkohlentagebau Jänschwalde

Packroboter im Stahl- und Walzwerk Eberswalde-Finow

Vom Kinderschirm bis zum modischen Taschenschirm reicht das Angebot des VEB Schirmfabrik in Karl-Marx-Stadt



Die DDR behauptet seit Jahren ihren Platz unter den zehn führenden Industrieländern der Welt * Der Automatisierungsgrad der Ausrüstungen in der Industrie beträgt mehr als 50 Prozent * Ein Drittel der Maschinen und Anlagen ist nicht älter als 5 Jahre.

Volkswirtschaft

Industrie

Die DDR verfügt über eine moderne und leistungsfähige Industrie und ein starkes wissenschaftliches Potential. Mit ihren traditionellen und nahezu allen modernen Industriezweigen behauptet sie sich auch im Wettbewerb auf den internationalen Märkten.

Verwendung der Bodenschätze: Die größeren Vorkommen an Braunkohle, Stein- und Kalisalzen sowie Uranerz werden vor allem für die Energieerzeugung und die chemische Industrie genutzt. Einheimische Sande, Kalk und Kies finden in der Baustoff- und Glasindustrie Verwendung. Steinkohle, Erze, Erdöl und Erdgas werden weitestgehend für die industrielle Weiterverarbeitung und Veredlung importiert. Der Rohstoffimport erfolgt vorwiegend aus der Sowjetunion.

Wichtige Bereiche der Volkswirtschaft: Neben der Brennstoffindustrie bestimmen die Bereiche Chemie (in den Bezirken Halle, Leipzig), Metallurgie (Dresden), Maschinen- und Fahrzeugbau (Karl-Marx-Stadt, Magdeburg), Baumaterialien, Elektrotechnik/Elektronik (Dresden, Schwerin, Erfurt), Leicht-, Textil- und Lebensmittelindustrie (Karl-Marx-Stadt, Schwerin, Neubrandenburg) die industrielle Produktion der DDR. Größter Industriestandort ist die Hauptstadt der DDR Berlin.

Energie- und Brennstoffindustrie: Rohbraunkohle – im Tagebau gewonnen – ist die wichtigste Grundlage für die Energieerzeugung. Große Vorräte befinden sich in den Bezirken Cottbus, Halle und Leipzig. Hier wird etwa ein

Drittel der Weltförderung erbracht. In der Nähe der Förderstätten befinden sich leistungsfähige Wärmekraftwerke. Die Elektroenergie wird zu mehr als 80 Prozent aus Braunkohle, zu 11 Prozent aus Kernbrennstoff gewonnen.

Elektrotechnik/Elektronik nehmen innerhalb der Industrie eine Schlüsselstellung ein. Neben Berlin konzentriert sich dieser Industriezweig auf die Bezirke Dresden, Erfurt, Gera und Potsdam. Die Mikroelektronik, die sich als junger Industriezweig rasch entwickelt, charakterisiert zunehmend das Niveau der verschiedensten Erzeugnisse und Verfahren. Sie beginnt, die ganze Volkswirtschaft zu durchdringen und bestimmt zunehmend das Produktionsprofil und den Gebrauchswert der Produkte. Diese Entwicklung wird deutlich

– am überdurchschnittlichen Produktionszuwachs bei monolithisch-integrierten Schaltkreisen, optoelektronischen Halbleiterbauelementen und Mikrorechnern;

– an der beschleunigten Einführung von CAD/CAM-Arbeitsstationen;

– an der schnell steigenden Zahl der in allen Wirtschaftszweigen eingesetzten Industrieroboter.

Kombinate: Diese größten Wirtschaftseinheiten der DDR beschäftigen fast die Hälfte der berufstätigen Bevölkerung des Landes. Sie verfügen über eigene Forschungs- und Entwicklungskapazitäten und zum Teil über eigene Außenhandelsbetriebe. Es gibt 129 zentralgeleitete und 95 bezirksgeleitete Kombinate der Industrie. Die Kombinate und Betriebe sind volkseigen. Von rund 8,9 Millionen Berufstätigen arbeiten mehr als 3,2 Millionen in der Industrie. Die Industrie produziert 70 Prozent des Nationaleinkommens.

Handwerk und Gewerbe erbringen mehr als zwei Drittel aller Dienstleistungen und Reparaturen. Neben volkseigenen und genossenschaftlichen Betrieben und Einrichtungen bestehen auch private Einzelhandelsgeschäfte, Gaststätten und Handwerksbetriebe (bis zu 10 Beschäftig-

ten). Ob Gärtner oder Autoschlosser, ob Schneidermeister oder Bäckergehilfe – die etwa 280000 privaten Handwerker und Gewerbetreibenden werden vom Staat gefördert und haben eine sichere Perspektive. Insgesamt arbeiten in diesem Bereich rund 450000, das sind 5 Prozent aller Werktätigen.



Die LPG in Tessin hat sich auf Tierproduktion spezialisiert



Erntepause auf den Feldern der LPG Pflanzenproduktion Jerichow
Getreideernte in der LPG Schönfels im Kreis Zwickau



850 000 Genossenschaftsbauern und Arbeiter der sozialistischen Landwirtschaft sorgen täglich für die stabile Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln fast vollständig aus eigener Produktion.

Landwirtschaft

Die hocheffektive Landwirtschaft sichert zu über 90 Prozent die **Versorgung der Bevölkerung mit Grundnahrungsmitteln**. Dabei beträgt die landwirtschaftliche Nutzfläche pro Einwohner nur 0,37 Hektar – das entspricht etwa der Größe eines kleinen Fußballfeldes. In erster Linie werden Getreide (46,2 Dezitonnen je Hektar), Kartoffeln (259,9), Zuckerrüben (318), Ölpflanzen (428,8) sowie Obst und Gemüse geerntet. In der Tierproduktion herrschen Schweine- (Tierbestand: 13 Millionen), Rinder- (6 Millionen) und Geflügelzucht (51 Millionen) vor.

Ein DDR-Bürger verbraucht im Jahresdurchschnitt 96,2 Kilogramm Fleisch, 15,7 Kilogramm Butter und 105,6 Liter Milch.

3900 landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften (LPG) bewirtschaften rund 87 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche, verfügen über 83 Prozent der Tierbestände und sind die Hauptproduzenten von Nahrungsmitteln und agrarischen Rohstoffen für die Industrie. Die LPG mit ihrem gesamten Besitz ist Gemeineigentum aller in ihr tätigen Bauern. In der Vollversammlung (sie tagt viermal im Jahr) werden alle wichtigen Fragen der Entwicklung der Genossenschaft entschieden.

Volkseigene Güter (VEG) werden ähnlich wie Industriebetriebe geführt. Sie bewirtschaften 7,1 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche und halten 11 Prozent des Viehbestandes. Die VEG sind auf die Züchtung vorteilhafter

Pflanzensorten und Tierrassen sowie auf die Produktion von Saatgut spezialisiert.

5 Prozent der Nutzfläche sind **privates oder kirchliches Eigentum**.

Der Staat garantiert den LPG den Absatz sämtlicher Produkte zu stabilen, gewinnbringenden und leistungsfördernden Preisen. 922 000 Werktätige arbeiten in der Landwirtschaft. Junge Men-

schen vom Lande erlernen zu 80 Prozent einen der 32 landwirtschaftlichen Berufe. Die LPG bauen Kulturhäuser und anderes mehr, um das Leben auf dem Dorf schöner zu gestalten. Dazu gehört auch die Unterstützung ihrer Mitglieder beim Bau von Eigenheimen; der Staat gewährt günstige Kredite dafür.

In der Landwirtschaft herrscht seit langem geregelte Arbeitszeit. Jeder Genossenschaftsbauer erhält bezahlten Jahresurlaub. Kinderkrippen und Kindergärten gehören zum Bild eines jeden Dorfes. Die polytechnischen Oberschulen sichern den Dorfkindern die gleiche Bildung wie in der Stadt.

Anteil der Beschäftigten in der Landwirtschaft mit abgeschlossener Berufsausbildung (in Prozent)

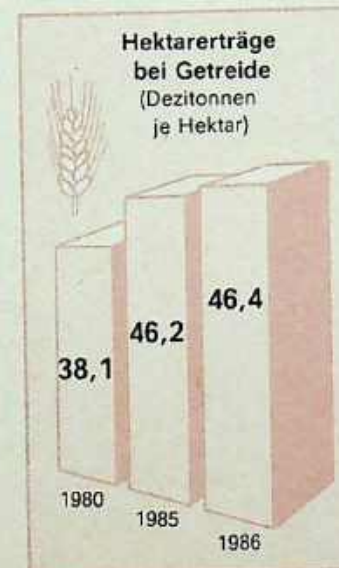
Jahr	1970	1980	1985
Anteil (%)	57,6	89,0	90,5

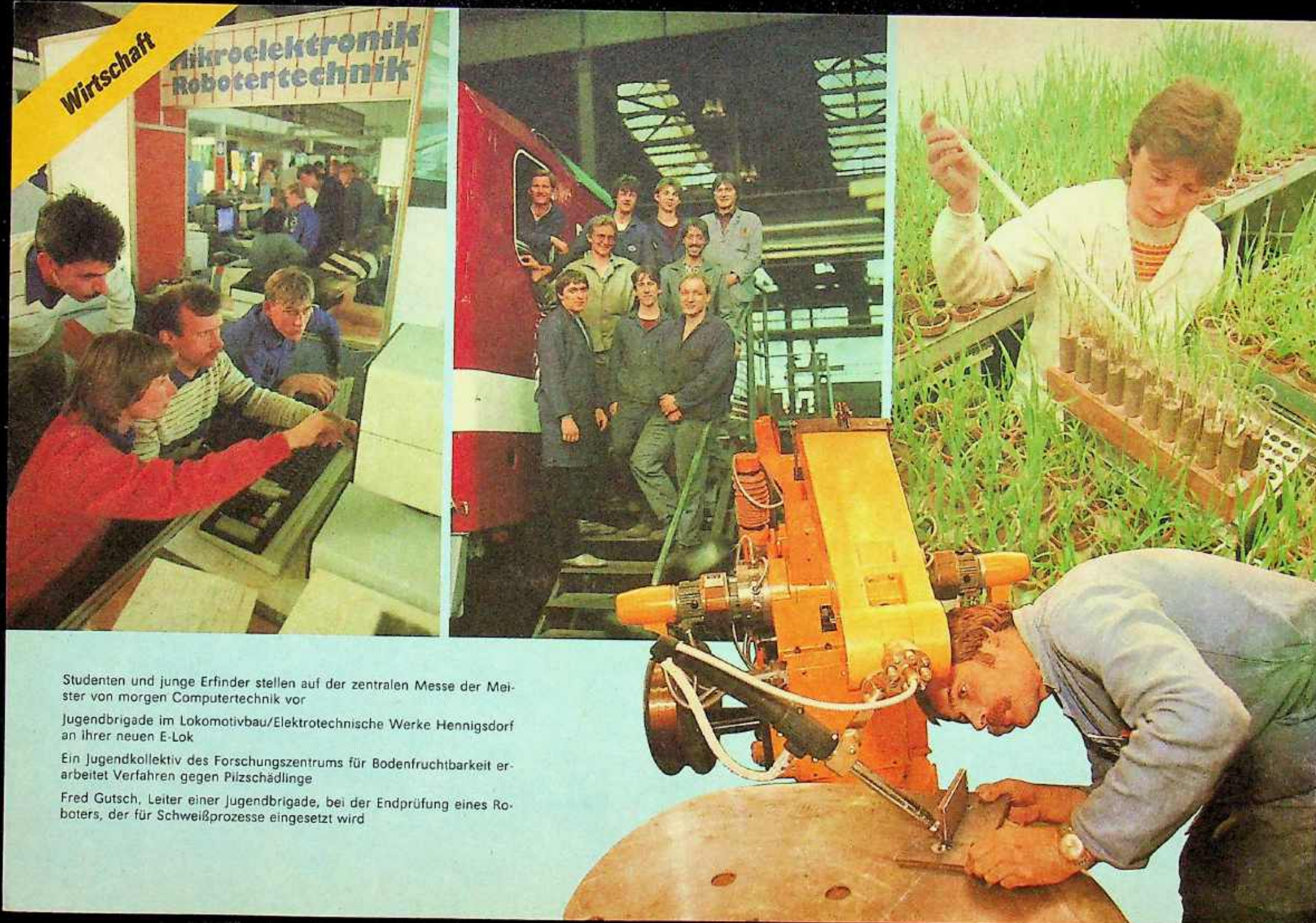
In die Ställe und auf die Felder zieht immer mehr moderne Technik. Dies alles bietet Anreiz für die Jugendlichen, sich für ihr Dorf, ihre LPG zu engagieren. 12 Pro-

zent der LPG-Mitglieder befinden sich im Alter von 18 bis 25 Jahren.

Der **Verband der Kleingärtner, Siedler und Kleintierzüchter** (1,3 Millionen Mitglieder) mit seiner privaten Produktion sowie die Genossenschaftsbauern mit ihren individuellen Hauswirtschaften haben einen beachtlichen Anteil am staatlichen Aufkommen insbesondere bei Obst und Gemüse, Eiern und Geflügel.

Die **Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe**, die Massenorganisation der Genossenschaftsbauern, verfügt über eigene Verkaufs- und Dienstleistungseinrichtungen, Ausleihstützpunkte und Selbsthilfewerkstätten. Sie unterstützt die genossenschaftliche und individuelle Produktion und hilft, die Arbeits- und Lebensbedingungen auf dem Lande zu verbessern.





Studenten und junge Erfinder stellen auf der zentralen Messe der Meister von morgen Computertechnik vor

Jugendbrigade im Lokomotivbau/Elektrotechnische Werke Hennigsdorf an ihrer neuen E-Lok

Ein Jugendkollektiv des Forschungszentrums für Bodenfruchtbarkeit erarbeitet Verfahren gegen Pilzschädlinge

Fred Gutsch, Leiter einer Jugendbrigade, bei der Endprüfung eines Roboters, der für Schweißprozesse eingesetzt wird

Die Jugend stellt sich der wissenschaftlich-technischen Revolution * Jugendliche sind an Brennpunkten der Wirtschaft beschäftigt mit Mikroelektronik, elektronischer Rechentechnik, computergestützter Produktionsvorbereitung und -steuerung, mit flexibler Automatisierung und Biotechnologie.

Jugend in der Volkswirtschaft

Jugendförderung

In fast jedem Betrieb, jeder Einrichtung oder LPG hat der sozialistische Jugendverband, die Freie Deutsche Jugend, hohen Anteil an Forschung und Produktion. In allen Industrie- und Landwirtschaftsbetrieben gibt es Jugendförderungspläne. Darüber hinaus sind die staatlichen Leiter und gesellschaftlichen Organisationen verpflichtet, Jugendbrigaden und Jugendforscherkollektive zu unterstützen, neue bilden zu helfen und ihnen Jugendobjekte zu übertragen.

Jugendbrigaden sind selbständige Arbeitskollektive junger Werktätiger, die gemeinsam mit erfahrenen Kollegen Produktionsaufgaben lösen. Ihre Mitglieder stehen an der Spitze ökonomischer Initiativen, beteiligen sich – zum Beispiel im Rahmen der

Messe der Meister von morgen (MMM) – an der Lösung konkreter wissenschaftlich-technischer Aufgaben und sind bemüht, ihr fachliches Wissen und Können zu erweitern. Jedes Jahr nehmen über eine Million Mädchen und Jungen, rund zwei Drittel der Lehrlinge, jungen Facharbeiter und Studenten, an der Neuererbewegung teil. Mit den auf der jährlich stattfindenden zentralen MMM in Leipzig gezeigten Exponaten bestimmen ihre Schöpfer das wissenschaftlich-technische Niveau auf dem jeweiligen Gebiet mit.

In Jugendforscherkollektiven werden Absolventen der Hoch- und Fachschulen bedeutende wissenschaftlich-technische Aufgaben übertragen. Sie bestehen für die Dauer einer zu lösenden Auf-

gabe, orientieren sich an den Hauptprojekten von Wissenschaft und Technik und versuchen, Spitzenleistungen in kürzester Frist zu entwickeln und in die Produktion zu überführen. Fast die Hälfte der Jugendforscherkollektive arbeitet derzeit an der Einführung der CAD/CAM-Technik (rechnergestützte Konstruktion und Prozeßsteuerung) sowie auf dem Gebiet der Mikroelektronik.

1986 existierten in der DDR 45 300 Jugendbrigaden 4 200 Jugendforscherkollektive 113 000 Jugendobjekte

An Jugendobjekten arbeiten über 1,6 Millionen Jugendliche. Das sind kurz- oder langfristige volkswirtschaftliche Aufgaben, die von Jugendkollektiven übernommen und in voller Verantwortung gelöst werden. Die Realisierung der Jugendobjekte erfolgt auf der

Grundlage von Vereinbarungen, die zwischen den staatlichen Leitern der Betriebe, den Leitungen der FDJ und dem Kollektiv des Jugendobjektes abgeschlossen werden.

- Die bedeutendsten zentralen Jugendobjekte der FDJ:
- In der „FDJ-Initiative Berlin“ beteiligen sich über 20 000 junge Bauarbeiter aus allen Teilen des Landes.
 - „Elektrifizierung von Eisenbahnstrecken“ heißt ein weiteres Jugendobjekt, in dem 1500 FDJler etwa 60 Prozent aller Leistungen bei der Elektrifizierung der Eisenbahn erbringen.
 - In den FDJ-Initiativen „Mikroelektronik“ und „Industrieroboter“ sind die Jugendlichen an hervorragender Stelle der umfassenden Intensivierung der Volkswirtschaft beteiligt.
 - Mit der Aktion „Umgebaut und ausgebaut“ hilft der Jugendverband bei der Modernisierung im Wohnungsbau.

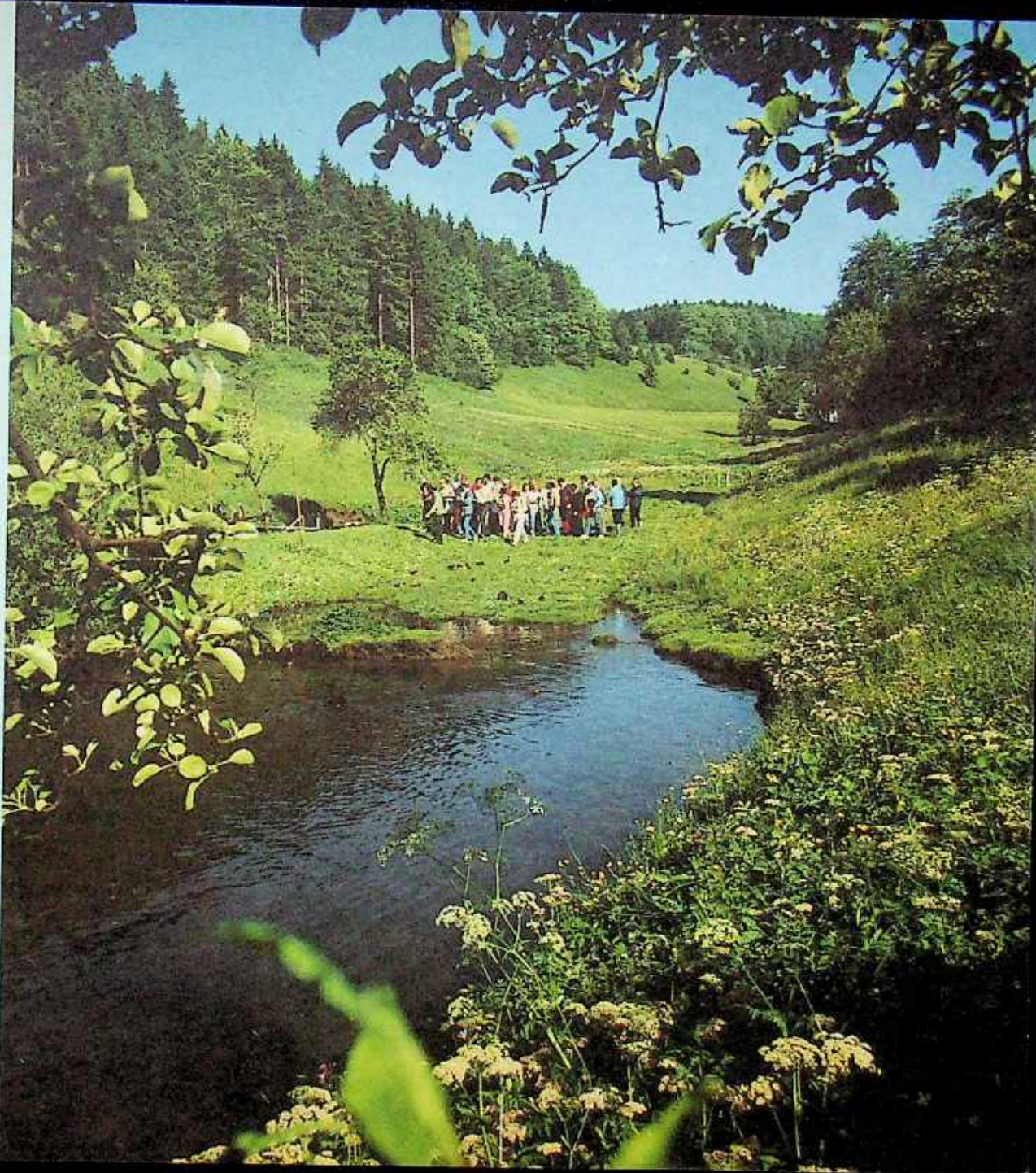


Wirtschaft

Streuen von Naturdünger ist eine der Maßnahmen zum Schutz der Wälder

Der Leiter des Arbeitskreises „Weißstorch“, Kurt Kretschmann, erläutert Schülern die Lebensweise des unter Naturschutz stehenden Vogels

Das Naturschutzgebiet Vessertal im Süden Thüringens, seit 1979 als „Ökosystem mitteleuropäischer Mischwälder“ von der UNESCO gefördert



Selbst eine ganze Gesellschaft, eine Nation, ja alle gleichzeitigen Gesellschaften zusammengenommen, sind nicht Eigentümer der Erde. Sie sind nur ihre Besitzer, ihre Nutznießer, und haben sie als boni patres familias den nachfolgenden Generationen verbessert zu hinterlassen.

Karl Marx

Umweltschutz

Gesellschaftliches Anliegen: Der Umweltschutz in der DDR dient dazu, die Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen zu verbessern und verfolgt das Ziel, die Effektivität der Volkswirtschaft zu erhöhen.

Gesetzliche Regelungen wurden zum Schutz und zur Erhaltung der natürlichen Umwelt einschließlich der Naturressourcen geschaffen und durchgesetzt. Dazu gehören unter anderem das Naturschutzgesetz, das Wassergesetz, die Baumschutzordnung und die Artenschutzbestimmung. Das umfassendste Gesetzeswerk zur Gestaltung und zum Schutz der Umwelt ist das Landeskulturgesetz von 1970, das die Beziehung Mensch-Umwelt komplex regelt. In mehreren Durchführungsbestimmungen wurde es

seither entsprechend dem erreichten Niveau der Volkswirtschaft und dem neuesten Stand von Wissenschaft und Technik ergänzt und neugefaßt. Verantwortlich für den Umweltschutz ist die Regierung, insbesondere das Ministerium für Umweltschutz und Wasserwirtschaft, die Städte und Gemeinden sowie die Kombinate und landwirtschaftlichen Betriebe.

Bürgerinitiativen: An Aktivitäten gesellschaftlicher Organisationen und vielfältigen Bürgerinitiativen wie der von der Nationalen Front ins Leben gerufenen Initiative „Schöner unsere Städte und Gemeinden – Mach mit!“ beteiligen sich Tausende Bürger. In Berlin wurden zum Beispiel 1985 etwa 100 000 Bäume gepflanzt. Viele Bürger nehmen auch einzelne Bäume

und Grünanlagen in ihrem Wohngebiet in persönliche Pflege.

Engagiert wirken etwa 55 000 Bürger aus allen Schichten der Bevölkerung in der Gesellschaft „Natur und Umwelt“ im Kulturbund der DDR. Insbesondere widmen sie sich der effektiven Umweltgestaltung, der Landschaftspflege, der rationellen Nutzung, dem Schutz und der Verbesserung des Bodens, der Wälder und Gewässer, der Erforschung und dem Schutz der Tier- und Pflanzenwelt.

Seit 1970 ist es gelungen, trotz Steigerung der Industrieproduktion auf mehr als das Doppelte keine zusätzliche Belastung der Umwelt zuzulassen, auf wichtigen Gebieten wie der **Reinhaltung der Luft** (bei Staub, Schwefeldioxyd, Stickoxyden) und des **Wassers** (bei Abwasser, Verunreinigung durch Industrie und Landwirtschaft) Erfolge zu erzielen und spürbare Verbesserungen durchzusetzen.

Die starke Belastung der Luft durch Schadstoffe hat auch in der DDR zu teilweise

beträchtlichen Waldschäden geführt. In erster Linie ist der Staat bemüht, in Zusammenarbeit mit Forschung und Industrie die Luftverschmutzung durch Kraftwerke, die chemische Industrie und die Autoabgase weiter zu senken. Dazu kommen forstwirtschaftliche Maßnahmen, wie Baum- und Pflanzenzüchtung (rauchresistente Hölzer), Aufforstung, Düngung, Bekämpfung von Schadinsekten. Die FDJ hat im Rahmen ihrer Aktion „Gesunder Wald“ von 1981 bis 1985 große Mengen Schadholz geborgen und 41 000 Hektar Wald gepflanzt.

Ein geringer Anteil des Energieaufkommens (gegenwärtig etwa 11 Prozent) stammt in der DDR aus Kernkraftwerken. Die Sicherheit der Kernanlagen, der Schutz der dort Beschäftigten und der gesamten Bevölkerung vor möglichen Gefahren wird vom **Amt für Atomsicherheit und Strahlenschutz** wahrgenommen.

Städtebauern, Architekten, Verkehrsplanern, bildenden Künstlern, Landschaftsgärt-

nern und Farbgestaltern ist es im Verlauf der Jahre in gemeinsamer Arbeit immer besser gelungen, ein gutes Wohnumfeld für die Bevölkerung zu schaffen.

In den polytechnischen Oberschulen sind Umweltschutz und Umweltgestaltung feste Bestandteile des Unterrichts. Mädchen und Jungen treffen sich auch in außerschulischen Arbeitsgemeinschaften „Junge Naturforscher“ oder ähnliches und werden so schon frühzeitig mit der Bedeutung des Umweltschutzes vertraut gemacht.



Die neue Eisenbahnfährlinie zwischen den Häfen Mukran (DDR) und Klaipeda (UdSSR) wurde 1986 eröffnet



Die Leipziger Messe – internationaler Handelsplatz



Mit Unterstützung der DDR wurde das Zementwerk „Karl Marx“ in Kuba errichtet

Technische Hilfe der DDR beim Straßenbau in Laos



Tagung des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) in Bukarest 1986



Schwimmkräne aus dem VEB Kranbau Eberswalde werden per Schiffsponton nach Rotterdam transportiert



Handelsbeziehungen mit mehr als 100 Staaten auf der Basis von Gleichberechtigung und gegenseitigem Vorteil *
 Exportgüter bestehen auf dem internationalen Markt durch Neuheitswert und Produktivität, durch Gebrauchswert und Qualität *
 Leipziger Messe – Zentrum weltoffenen Handels.

Außenhandel

Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW): Die DDR pflegt mit rund 130 Staaten Wirtschafts- und Handelsbeziehungen. Grundlage der stabilen Entwicklung ist neben dem eigenen Leistungsvermögen die volkswirtschaftliche Verflechtung mit den befreundeten sozialistischen Ländern im RGW. Er ist die wichtigste ökonomische Organisation der sozialistischen Länder und Hauptinstrument zur planmäßigen und allseitigen Organisation mehrseitiger ökonomischer und wissenschaftlicher Zusammenarbeit zwischen den zehn Mitgliedsländern auf der Grundlage der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Vorteils. Mit den RGW-Ländern realisiert die DDR etwa zwei Drittel ihres Außenhandels.

Der rohstoffarmen DDR liefert zum Beispiel die Sowjetunion zuverlässig Erdöl, Erdgas, Erze, Steinkohle, Nichtferrousmetalle, Holz und Baumwolle. Aus Polen kommen Steinkohle, aus Ungarn Bauxit, aus der ČSSR Steinkohle und Chemikalien. Aus dem RGW-Bereich bezieht die DDR insgesamt 90 Prozent der benötigten Rohstoffe. Ohne diese kontinuierlichen Lieferungen hätte sie ihren wirtschaftlichen Aufschwung nicht nehmen können. Die RGW-Länder sind auch für den Export der DDR sehr wichtig. Die DDR liefert unter anderem Kali, chemische Produkte, Erzeugnisse der metallverarbeitenden Industrie, besonders des Maschinenbaus, und Konsumgüter in diese Länder.

Im Rahmen des 1985 beschlossenen „Komplexprogramms des wissenschaftlich-technischen Fortschritts der Mitgliedsländer des RGW bis zum Jahre 2000“ wird die DDR die direkte Zusammenarbeit ihrer Produktions- und Forschungseinrichtungen mit entsprechenden Partnern in anderen RGW-Ländern entwickeln. Hohe Steigerungsraten sind vor allem im gegenseitigen Austausch solcher Erzeugnisse vorgesehen, die für die Durchsetzung von Schlüsseltechnologien wichtig sind und großen Einfluß auf die Steigerung der Arbeitsproduktivität haben. Die DDR beteiligt sich am Bau von Erdgasleitungen und an der Erschließung anderer Rohstoffquellen in der Sowjetunion, Kuba und anderen sozialistischen Ländern. Sie investierte mit den Bau einer 750-Kilovolt-Übertragungsleitung Kernkraftwerk Chmelnizki (UdSSR) – Rzeszow (VR Polen), und sie baute gemeinsam mit der Sowjetunion die Eisenbahnfahrverbinding Mukran (DDR) – Klaipeda (UdSSR), die seit 1986 in Betrieb genommen wurde.

Mit rund einem Drittel Anteil des **nichtsozialistischen Wirtschaftsgebietes** am Außenhandelsumsatz der DDR wird ihre starke Beteiligung an den internationalen Wirtschaftsbeziehungen deutlich. Insbesondere mit Frankreich, Japan, Schweden und Großbritannien gibt es einen regen Handelsaustausch.

Erzeugnisse aus der DDR haben sich auch unter den sich verschärfenden Absatzbedingungen auf diesen Märkten gut behauptet und gegen eine starke Konkurrenz durchgesetzt. Einen traditionell guten Ruf haben Maschinenbau und Elektrotechnik/Elektronik, insbesondere Werkzeugmaschinen, Druckerei- und Textilmaschinen, Krane und Förderanlagen.

Entwicklungsländer: Bei ihren Außenhandelsbeziehungen mit den Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas versucht die DDR, die Bemühungen dieser Länder um ökonomische Unabhängigkeit und Erhöhung des Leistungsvermögens ihrer Wirtschaften zu unterstützen. Zwischen 1970 und 1985 stellte die DDR

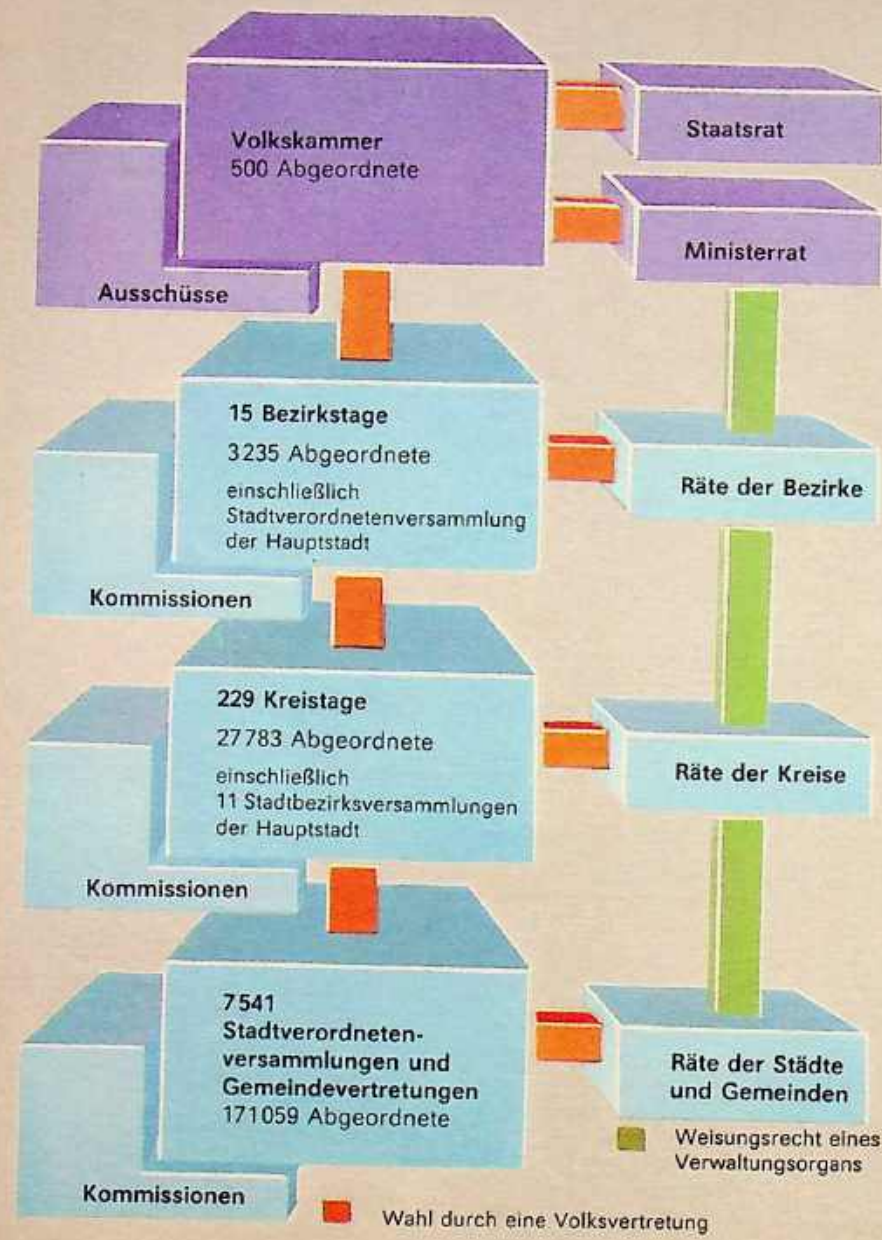
mehr als 800 Industrieobjekte in Entwicklungsländern fertig, zu Beginn des Jahres 1986 befanden sich 70 weitere im Bau.

Leipziger Messen: Zweimal im Jahr, im März und September, ist die DDR Gastgeber für die internationale Geschäftswelt. Zu jeder Messe werden zwischen 6000 und 10000 Aussteller aus aller Welt erwartet, die hier ihre Muster offerieren. Leipzig ist bekannt als internationales Zentrum weltoffenen Handels.

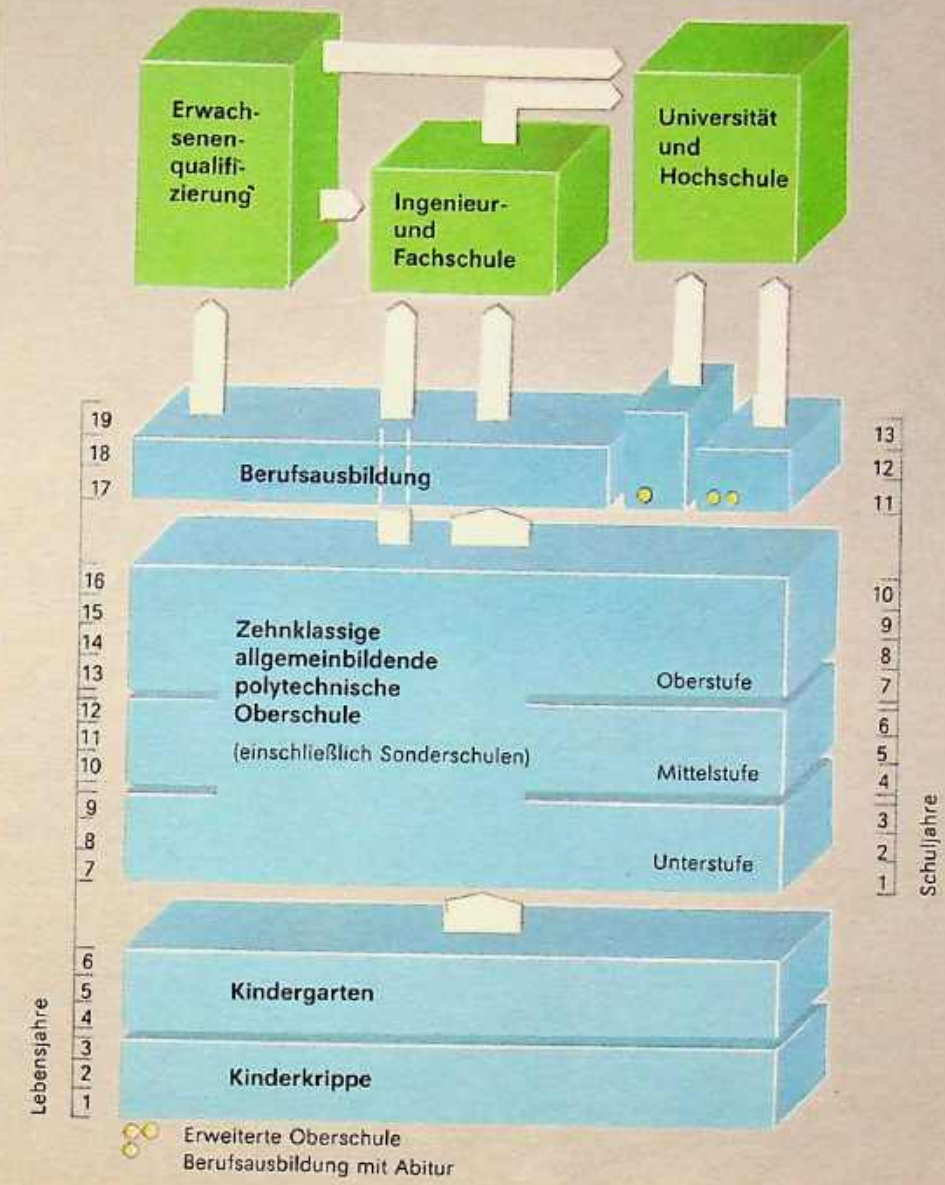
Außenhandelsumsatz
(in Milliarden Valutamark)

	1970	1980	1985
	39,6	120,1	180,2

Staatsaufbau (vereinfachte Darstellung)

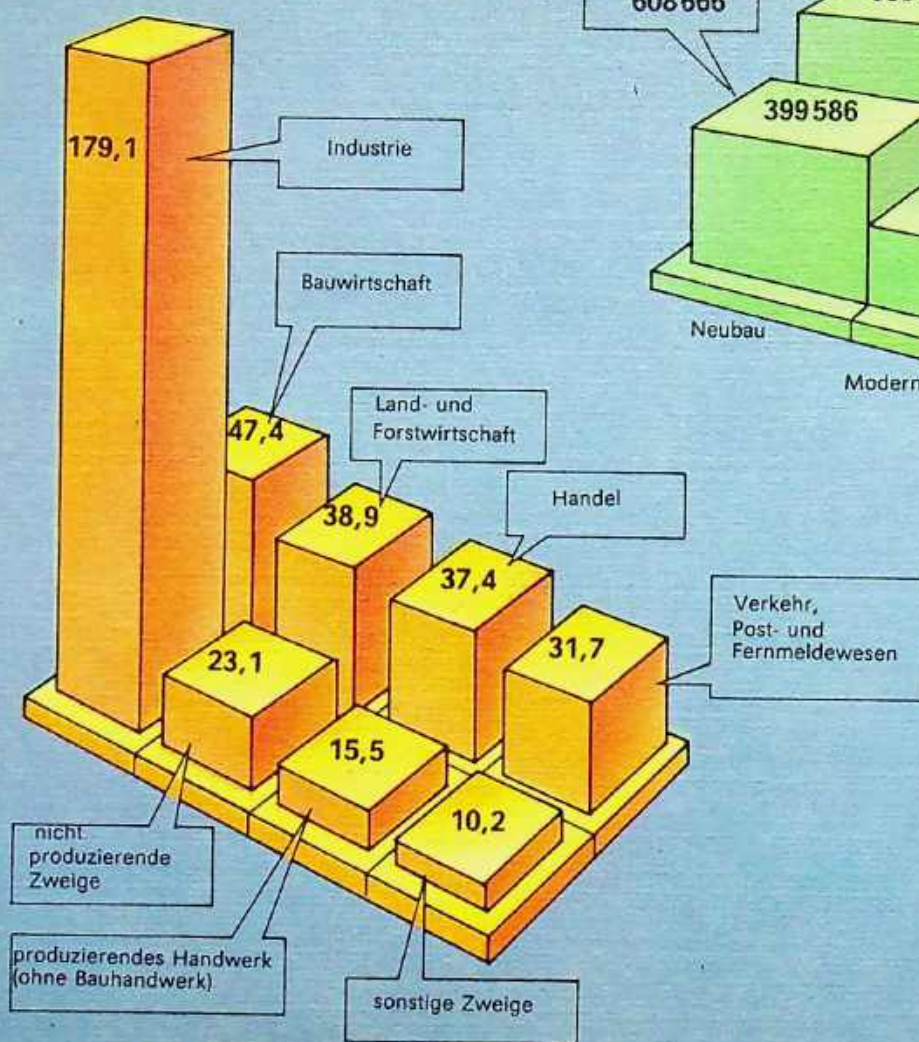


Strukturschema des einheitlichen sozialistischen Bildungssystems (vereinfachte Darstellung)

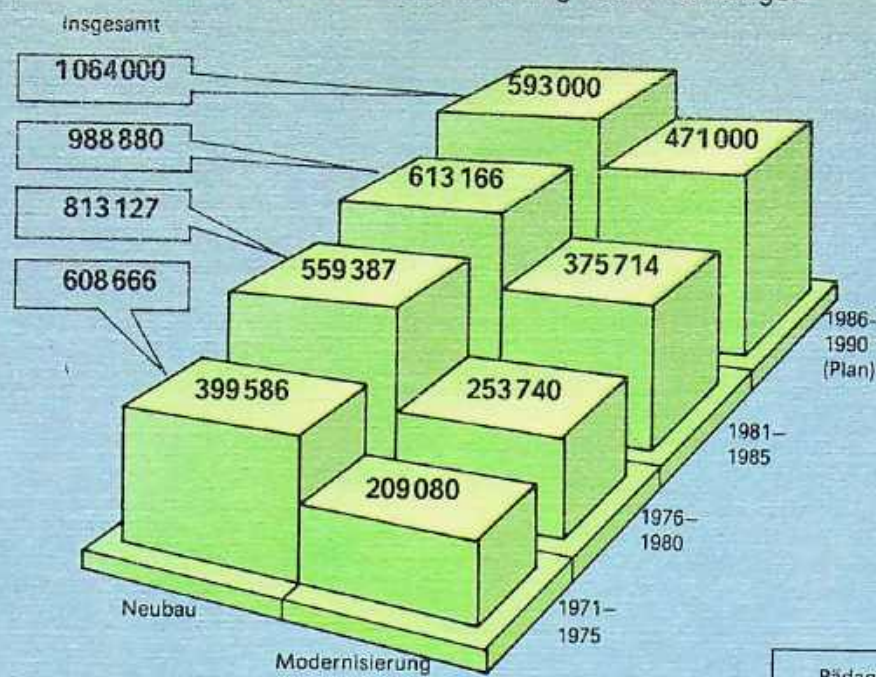


Im Jahre 1985 standen 383400 Lehrlinge in der Facharbeiterausbildung:

Wirtschaftsbereiche in 1000

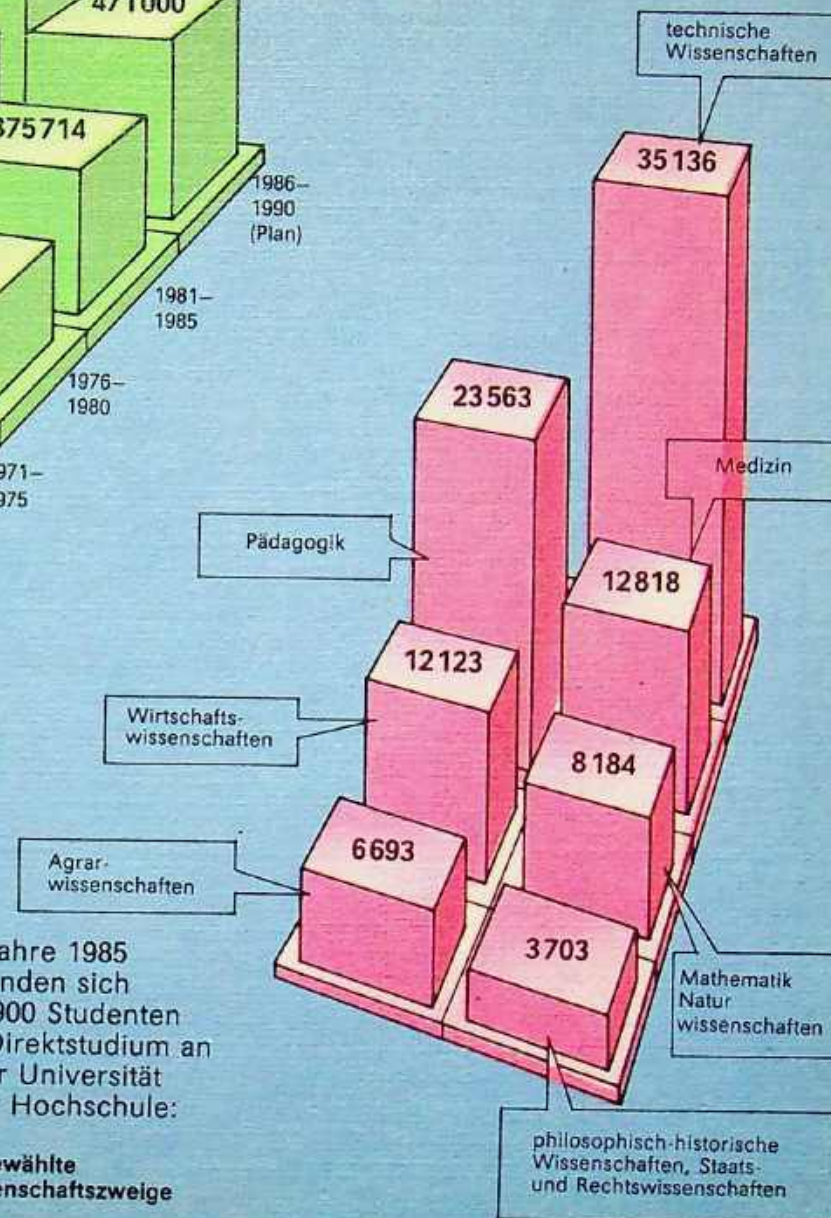


Neubau und Modernisierung von Wohnungen



Im Jahre 1985 befanden sich 108900 Studenten im Direktstudium an einer Universität oder Hochschule:

ausgewählte Wissenschaftszweige



+++ **DDR** im Überblick +++ **DDR** im Überblick +++ **DDR** im Überblick

